Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreislisite Seite 411.

Nr. 48. **Halle, Dienstag den 26. Februar 1918.** **2. Jahrgang.**

Kanzler und Vizekanzler im Reichstag.

Frieden im Osten in kürzester Frist!

Lärmen der Konservativen gegen den Vizekanzler.

Die deutschen Friedensbedingungen von Rußland angenommen.

Petersburg, 24. Febr. (PTA.) In der Nacht vom 24. Februar fand eine Vollsitzung des ausführenden Hauptausschusses statt. Nach heftiger Debatte wurden die deutschen Friedensbedingungen in Brest-Litowsk, die aber durch die letzten Zusätze Kühlmanns ergänzt waren, angenommen. 126 Stimmen dafür, 85 dagegen. 26 Mitglieder enthielten sich der Stimme. 2 Anarchisten nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Folgendes Telegramm wurde am 24. Februar, früh 7 Uhr durch Funkspruch an die deutsche Regierung in Berlin, die österreichisch-ungarische in Wien, die bulgarische in Sofia, und die osmanische in Konstantinopel abgesandt:

Gemäß der vom ausführenden Hauptausschuß vom Rat der Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten am 24. Februar 4½ Uhr früh getroffenen Entscheidung beschloß der Rat der Volksbeauftragten, die von der deutschen Regierung gestellten Friedensbedingungen anzunehmen und eine Abordnung zur Unterzeichnung des Friedens nach Brest-Litowsk zu senden.

Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten
Wladimir Lenin.

Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten
Leo Trotzki.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags hielt

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling

folgende Rede:

Meine Herren! Der Reichstag hat den berechtigten Anspruch, Aufschluß über die

außenpolitische Lage

und die von der Reichsleitung dazu eingenommene Stellung zu erhalten. Ich komme der sich hieraus ergebenden Verpflichtung nach, wenn ich auch anderseits gewisse Zweifel hege über den Nutzen und Erfolg der seither von den Ministern und Staatsmännern der kriegführenden Staaten vor der Oeffentlichkeit geführten Zwiegespräche. Ein liberales Mitglied des englischen Unterhauses und früherer Minister M. Walter Runciman hat kürzlich der Meinung Ausdruck gegeben, daß man den Frieden weit näher käme, wenn statt dessen berufene und verantwortliche Vertreter der kriegführenden Mächte sich in engerem Kreise zu einer gegenseitigen Aussprache vereinigen wollten. Ich kann dem nur zustimmen. Es wäre das der Weg, alle die vielen gewollten und ungewollten Mißverständnisse auszuräumen und unsere Gegner zu nötigen, unsere Worte so zu nehmen, wie sie gemeint sind, und auch ihrerseits mit der Sprache herausrücken. Ich kann wenigstens nicht finden, daß die Worte, die ich bei zwei Gelegenheiten hier gesprochen habe, im feindlichen Auslande eine objektive und vorurteilslose Würdigung gefunden hätten. Eine Auseinandersetzung im engen Kreise würde zudem zu einer Verständigung über die vielen Einzelfragen führen können, die bei einem Ausgleich bestehender Gegensätze in Betracht kommen, und deren Erledigung erst den Ausgleich wirklich herbeiführen kann. (Beifall.)

Ich denke hierbei ganz besonders an unsere Stellung gegenüber

Belgien.

Zu wiederholten Malen ist von dieser Stelle aus gesagt worden, daß wir nicht daran denken, Belgien zu behalten, den belgischen Staat zu einem Bestandteil des Deutschen Reichs zu machen, daß wir aber wie das ja auch in der Papstnote vom 1. August v. Js. ausgeführt wird, vor der Gefahr behütet bleiben müssen, daß das Land, mit dem wir nach dem Kriege wieder in Frieden und Freundschaft leben wollen, zum Gegenstande oder zum Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften würde. Ueber die Mittel, dieses Ziel zu erreichen und damit dem allgemeinen Weltfrieden zu dienen, sollte in einem derartigen Kreise verhandelt werden. Wenn also ein Vorschlag in dieser Richtung von der Gegenseite käme, etwa von der Regierung in Le Havre, so würden wir uns nicht ablehnend verhalten, wenn auch die Besprechung wie selbstverständlich, zunächst nur eine unverbindliche sein könnte. Einstweilen aber scheint es nicht, als ob die erwähnte Anregung des englischen Parlamentariers Aussicht hätte, greifbare Gestalt anzunehmen, und so muß ich die bisherige Methode des Dialogs über den Kanal und den Ozean beibehalten.

Indem ich mich hierzu anschicke, gebe ich gerne zu, daß die

Botschaft des Präsidenten Wilson

vom 11. d. Mts. vielleicht einen kleinen Schritt zur gegenseitigen Annäherung darstellt. Ich übergehe daher auch die vorausgeschickten überlangen Ausführungen, um mich sogleich zu den vier Grundsätzen zu wenden, welche nach Ansicht des Herrn Wilson bei einem gegenseitigen Meinungsaustausch Anwendung finden müssen.

Der erste Satz besagt, daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einen solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird. Wer wollte hier widersprechen? Der Satz, den der große Kirchenvater Augustinus vor anderthalb Jahrtausenden geprägt hat: justitia fundamentum regnorum, hat auch heute noch Geltung und gewiß ist, daß nur ein in allen seinen Teilen von den Grundsätzen der Gerechtigkeit getragener Friede Aussicht auf Bestand hat.

Der zweite Satz verlangt, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelte, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist. Auch diesem Satz kann unbedingt beigestimmt werden, ja man wundert sich darüber, daß der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig gehalten hat, ihn neuerlich einzuschärfen. Der Satz enthält eine Polemik gegen längst verschwundene Zustände und Anschauungen, gegen Kabinettspolitik und Kabinettskriege, gegen die Vermischung von Staatsgebiet und fürstlichem Privateigentum, was alles einer weit hinter uns liegenden Vergangenheit angehört. Ich möchte nicht unhöflich sein, aber wenn man sich früherer Aeußerungen Wilsons erinnert, so könnte man ihn in dem Wahn befangen glauben, als bestehe in Deutschland ein Gegensatz zwischen der autokratischen Regierung und der rechtlosen Masse des Volkes. Und doch kennt der Präsident der Vereinigten Staaten wie wenigstens die deutsche Ausgabe seines Buches über den Staat beweist, die deutsche staatsrechtliche Literatur und weiß somit, daß bei uns Fürsten und Regierungen die obersten Glieder des im Staate organisierten Volksganzen sind, oberste Glieder, bei denen die letzte Entscheidung liegt, so aber, daß, weil auch sie, wenn auch als oberste Organe dem Ganzen angehören, nur das Wohl des Ganzen die Richtlinie für die zu treffende Entscheidung abgibt. Es mag nützlich sein, den Landsleuten Wilsons dies ausdrücklich zu Gemüte zu führen. Wenn endlich am Schlusse des zweiten Satzes das „Spiel des Gleichgewichts der Kräfte" als für immer diskreditiert erklärt wird, so können wir auch das nur freudig begrüßen. Bekanntlich war es England, welches das Prinzip von der Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte erfunden hat, um es insbesondere dann geltend zu machen, wenn ihm einer der Staaten des europäischen Kontinents zu mächtig zu werden drohte, es war nur ein anderer Ausdruck für die Oberherrschaft Englands. (Sehr richtig!)

Der dritte Satz, wonach jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß — ist nur eine Ausführung des vorhergehenden nach einer bestimmten Richtung oder auch eine Konsequenz aus demselben und daher in die diesem erteilte Zustimmung mit eingeschlossen.

Endlich der vierte Satz. Er verlangt, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Beremigung alter Elemente von Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald stören würden, aufzunehmen.

Auch hier kann ich grundsätzlich beistimmen und erkläre somit mit Präsident Wilson, daß ein allgemeiner Friede auf solchen Grundlagen erörtert werden kann.

Nur ein Vorbehalt ist zu machen. Es müßten diese Grundsätze nicht nur von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, sondern auch von allen Staaten und Völkern tatsächlich anerkannt sein. Herr Wilson, der dem deutschen Reichskanzler gelegentlich eine gewisse Rückständigkeit vorwirft, scheint mir in seinem Ideenfluge der bestehenden Wirklichkeit weit vorangeeilt zu sein. Gewiß, ein Völkerbund, der auf Gerechtigkeit und gegenseitige selbstlose Anerkennung aufgebaut wäre, ein Zustand der Menschheit, in dem mit allen Resten früherer Barbarei der Krieg völlig verschwunden wäre, und es keine blutigen Opfer, keine Selbstzerfleischung der Völker, keine Zerstörung mühsam erworbener Kulturwerte mehr gäbe, es wäre ein Ziel, auf's innigste zu wünschen. Aber noch ist dieses Ziel nicht erreicht, noch besteht kein von allen Nationen zur Wahrung des Friedens im Namen der Gerechtigkeit errichtetes Schiedsgericht. Wenn Herr Wilson gelegentlich sagt, der deutsche Reichskanzler spreche zu dem Gerichtshofe der ganzen Welt, so muß ich, wie die Dinge heute stehen, im Namen des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten diesen Gerichtshof als befangen ablehnen, so freudig ich es auch begrüßen würde, wenn ein unparteiisches Schiedsgericht bestände und so gern ich dazu mithelfen würde, einen solchen idealen Zustand herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Leider aber ist von einer ähnlichen Gesinnung bei den führenden Mächten der Entente nichts zu verspüren. Die Kriegsziele Englands, wie sie in den Reden Lloyd Georges neuerdings zutage treten, sind noch immer durchaus imperialistischer Natur und wollen der Welt einen Frieden nach Englands Gefallen aufzwingen. Wenn England von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so denkt es dabei nicht daran, den Grundsatz auf Irland, auf Aegypten oder Indien anzuwenden. (Sehr richtig!)

Unser Kriegsziel

ist von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes gewesen, die Aufrechterhaltung unserer territorialen Integrität und die Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach allen Richtungen hin. Unsere Kriegsführung, auch wo sie aggressiv vorgehen muß, ist ihrem Ziele nach defensiv; ich betone das gerade jetzt mit besonderem Nachdruck, um keine Mißverständnisse über unsere Operationen im Osten aufkommen zu lassen. Nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen seitens der russischen Delegation am 10. d. Mts. hatten wir Rußland gegenüber freie Hand. Der sieben Tage nach jenem Abbruch begonnene Vormarsch unserer Truppen hatte lediglich den Zweck, uns die Früchte des mit der Ukraine geschlossenen Friedens zu sichern. Eroberungstendenzen waren in keiner Weise bestimmend. Unterstützt wurden wir dabei durch den Hilfsruf der Ukraine, sie in der Ordnung ihres jungen Staatswesens gegen die von den Bolschewiki unternommenen Störungen zu unterstützen. Wenn sich daran weiterhin militärische Operationen auf anderen Gebieten angeschlossen haben, so gilt von ihnen das gleiche, sie verfolgen schlechterdings keine Eroberungsziele, sie geschehen ausschließlich auf die eindringlichen Bitten und Vorstellungen der Bevölkerungen hin, sie gegen die Greueltaten und Verwüstungen der Roten Garde und anderer Banden zu schützen; sie sind somit im Namen der Menschlichkeit unternommene Hilfsmaßnahmen und sollen keinen anderen Charakter haben. Es gilt Ruhe und Ordnung im Interesse der friedliebenden Bevölkerung zu schaffen, wir denken nicht daran, uns etwa in Estland oder Livland festzusetzen, sondern haben nur den Wunsch, mit dem dort entstehenden staatlichen Gebilden nach dem Kriege in gutem freundnachbarlichem Verhältnisse zu leben. Ueber Kurland und Litauen brauche ich heute nichts zu sagen, es gilt, den Bevölkerungen jener Länder Organe ihrer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu schaffen oder die schon im Aufbau begriffenen zu stärken. Der weiteren Entwicklung sehen wir mit Ruhe entgegen.

Die

militärische Aktion im Osten

hat aber einen weit über das ursprünglich gesteckte von mir soeben bezeichnete Ziel hinausgehenden Erfolg gezeitigt. Das eine ist ja den Herren schon aus den von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen gemachten Mitteilungen bekannt, daß Herr Trotzki sich durch Funkspruch, dem alsbald die schriftliche Bestätigung folgte, bereit erklärt hat, die abgebrochenen Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen. Unserseits ist sofort durch Uebersendung unserer Friedensbedingungen in Form eines Ultimatums geantwortet worden. Gestern nun — und das ist die hocherfreuliche Mitteilung, die ich Ihnen, meine Herren, zu machen habe — ist die Nachricht eingetroffen,

daß die Petersburger Regierung unsere Friedensbedingungen angenommen und Vertreter zu weiteren Verhandlungen nach Brest-Litowsk abgesandt hat. Demgemäß sind auch die deutschen Delegierten gestern abend dorthin abgereist. Möglich, daß über Einzelheiten noch gestritten wird, aber die Hauptsache ist erreicht. Der Friedenswille ist von russischer Seite ausdrücklich kundgetan. Unsere Bedingungen sind angenommen, der Friedensschluß muß in kürzester Frist erfolgen. (Lebhafte Bewegung und Beifall.)

Noch niemals vielleicht in der Geschichte hat das aristotelische Wort, daß wir uns zum Krieg entschließen müssen um des Friedens willen, eine so glänzende Bestätigung gefunden. Um die Früchte unseres Friedens mit der Ukraine zu sichern, hat unsere Heeresleitung das Schwert gezogen; der Friede mit Rußland wird das glückliche Ergebnis sein. Die Freude hierüber wollen wir uns auch nicht durch die immer wieder die Welt gehenden törichten und aufreizenden Funksprüche verkümmern lassen.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien

haben am gestrigen Tage in Bukarest in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen begonnen. Es erschien notwendig, daß dieser an den ersten grundlegenden Tagen dort anwesend sei, nunmehr aber dürfte er sich alsbald nach Brest-Litowsk begeben. Bei den Verhandlungen mit Rumänien ist zu bedenken, daß wir nicht allein daran beteiligt sind und die Verpflichtung haben, uns für die berechtigten Interessen unserer getreuen Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einzusetzen und den Ausgleich etwaiger auseinandergehender Wünsche zu suchen. Das wird möglicherweise Schwierigkeiten geben, aber bei allseitigem guten Willen werden sich diese Schwierigkeiten überwinden lassen. Aber auch Rumänien gegenüber muß für uns der Grundsatz leitend sein, daß wir die Staaten, mit denen wir jetzt auf den Erfolg unserer Waffen gestützt, Frieden schließen, zu unseren Freunden in der Zukunft machen müssen und machen wollen. (Beifall.)

Wenn ich in diesem Zusammenhange ein Wort über

Polen

sage, für das sich neuerdings die Entente und auch Herr Wilson ganz besonders zu interessieren scheinen, so ist das Land bekanntlich durch die vereinten Kräfte von Deutschland und Oesterreich-Ungarn aus der drückenden Abhängigkeit von dem zaristischen Rußland befreit worden mit der Absicht, einen selbständigen Staat ins Leben zu rufen, der in der ungehemmten Entfaltung seiner nationalen Kultur zugleich ein Pfeiler für den Frieden Europas werden solle. Das staatsrechtliche Problem im engeren Sinne, die Frage, welche Verfassung der neue Staat erhalten solle, konnte begreiflicherweise nicht sofort entschieden werden und befindet sich auch jetzt noch im Stadium eingehender Beratungen zwischen den drei beteiligten Ländern. Zu den mancherlei Schwierigkeiten, welche hierbei zu überwinden sind, Schwierigkeiten insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, ist durch den Zusammenbruch des alten Rußland noch die neue hinzugekommen, welche sich aus der Abgrenzung des neuen Staates gegen die benachbarten russischen Gebietsteile ergibt. Aus diesem Grunde hat das Bekanntwerden des Friedens mit der Ukraine in Posen im ersten Augenblick große Beunruhigung hervorgerufen. Ich hoffe aber, daß es bei gutem Willen gelingen wird, unter billiger Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse zu einem Ausgleich der Ansprüche zu gelangen. Auch hat die fundgetane Absicht, einen ernsten Versuch in dieser Richtung zu machen, schon jetzt zu einer großen Beruhigung in polnischen Kreisen geführt, was ich mit Genugtuung feststelle. Von deutscher Seite wird bei Regelung der Grenzfrage nur das aus militärischen Gründen Unerläßliche gefordert werden.

Wie Sie, meine Herren, aus den gegebenen Darlegungen entnommen haben, ist die Aussicht auf den Frieden an der gesamten Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in greifbare Nähe gerückt, und die des Krieges übersatte Welt, insbesondere auch in den neutralen Ländern, fragt sich in fieberhafter Spannung, ob damit nicht auch der Zugang zum

allgemeinen Frieden

eröffnet sei. Aber noch scheinen die Leiter der Entente, scheint man

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191802 26-18/fragment/page=0001

in England, Frankreich und Italien völlig abgeneigt, der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben. Im Gegensatz zu den Mittelmächten hat die Entente von Anfang an Eroberungsziele verfolgt. Sie kämpft für die Herausgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Ich habe dem früher hierüber Gesagten nichts hinzuzufügen. Es gibt keine elsaß-lothringische Frage im internationalen Sinne, wenn es eine solche Frage gibt, so ist es eine rein deutsche Frage. Die Entente kämpft für den Erwerb österreichisch-ungarischer Gebietsteile durch Italien. Wenn man in Italien dafür die schönen Worte von den heiligen Aspirationen, von dem heiligen Egoismus erfunden hat, so wird das Verlangen nach Annexionen damit nicht beseitigt. Sie kämpft für die Abtrennung von Palästina, Syrien und Arabien vom türkischen Reiche. Insbesondere auf die türkischen Gebietsteile hat England sein Augenmerk gerichtet, es hat plötzlich ein Herz für die Araber entdeckt und hofft durch den Vorspann der Araber, vielleicht durch Schaffung eines von englischer Herrschaft abhängigen Schutzstaates dem englischen Reiche neue Gebietsteile anzugliedern. Daß die kolonialen Kriegsziele Englands auf Mehrung und Abrundung des gewaltigen englischen Besitzes, namentlich in Afrika gerichtet sind, ist von englischen Staatsmännern wiederholt ausgesprochen worden.

Und angesichts dieser durch und durch aggressiven, auf Aneignung fremder Gebiete gerichteten Politik wagen es die Staatsmänner der Entente noch immer, das militaristische, imperialistische, autokratische Deutschland als den Störenfried hinzustellen, der im Interesse des Weltfriedens in die engsten Schranken verwiesen, wenn nicht vernichtet werden müsse. Durch ein System von Lüge und Verleumdung sind sie unausgesetzt bemüht, wie die eigenen Völker so auch die neutralen Staaten gegen die Mittelmächte aufzuhetzen, insbesondere auch diese letzteren mit dem Gespenst einer Neutralitätsverletzung von seiten Deutschlands zu schrecken. Gegenüber einem Intrigenspiel, wie es neuerdings wieder in der Schweiz betrieben wird, ergreife ich die Gelegenheit, vor aller Welt zu erklären, daß wir nie einen Augenblick daran gedacht haben, noch daran denken werden,

die schweizerische Neutralität

anzutasten. Wir wissen uns der Schweiz gegenüber nicht nur durch die Grundsätze des Völkerrechts, sondern durch die Jahrhunderte alten freundschaftlichen Beziehungen enge verpflichtet. Der Schweiz wie den übrigen neutralen Staaten, Holland, den skandinavischen Ländern und dem durch seine geographische Lage besonderen Schwierigkeiten ausgesetzten Spanien, nicht minder auch den noch nicht in den Krieg eingetretenen außereuropäischen Ländern zollen wir die größte Hochachtung und Dankbarkeit für die mannhafte Haltung, mit der sie allen Anfechtungen und Bedrückungen zum Trotze die Neutralität bewahren. (Beifall.)

Die Welt sehnt sich nach Frieden, sie hat keinen andern Wunsch, als daß die Leiden des Krieges, unter denen sie seufzt, ein Ende finden, aber die Regierungen der feindlichen Staaten wissen immer aufs neue die Kriegspartei innerhalb ihrer Bevölkerung aufzupeitschen. Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten, das war, soviel davon verlautet hat, die jüngst von der Konferenz in Versailles ausgegebene Parole, und in den Reden des englischen Premierministers findet sie immer wieder ein lautes Echo.

Daneben haben sich allerdings in England neuerdings auch andere Stimmen hören lassen. Neben der Rede Walter Runcimans, der ich gleich zu Anfang gedacht habe, ist neuerdings noch eine ähnlich gerichtete, vielleicht noch versöhnlichere, aber außerparlamentarische Aeußerung Lord Miners bekannt geworden.

Man kann nur wünschen, daß solche Stimmen sich mehren, daß die unzweifelhaft auch in den Ententeländern vorhandenen friedlichen Strömungen sich durchsetzen. Denn die Welt steht jetzt vor der größten schicksalsschweren Entscheidung:

Entweder die Feinde entschließen sich Frieden zu machen, unter welchen Voraussetzungen wir bereit sein würden, in Verhandlungen einzutreten, wissen sie, oder aber sie meinen den verbrecherischen Wahnsinn des Eroberungskrieges weiter fortsetzen zu sollen. Dann werden unsere herrlichen Truppen unter ihren genialen Führern weiter kämpfen; daß und in welchem Umfange wir dann gerüstet sind, ist auch den Feinden zur Genüge bekannt und unser braves, bewunderungswürdiges Volk wird weiter ausharren; aber das Blut der Gefallenen, die Qual der Verkümmelten, alle Not und alles Leid der Völker wird über die Häupter derer kommen, die sich hartnäckig weigern, den Stimmen der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vizekanzler v. Payer:

Heute im vierten Jahre des Krieges kann es für die deutsche innere Politik nur noch einen Gesichtspunkt geben: die Zusammenfassung aller Kräfte, um durch Einigkeit und Opferwilligkeit unserem siegreichen Heere seine schwere Aufgabe zu erleichtern. Alles Fremde zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen muß beseitigt werden. Dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, der bei Beginn des Krieges, gestützt auf die kaiserlichen Worte vom 4. Aug., voll großzügigen Vertrauens in das ganze deutsche Volk den Grund zu dieser Politik gelegt hat, gebührt dafür auf immer der Dank des deutschen Volkes.

Es ist verständlich, daß die großen Massen der Bevölkerung, je schwerer die Lasten des Krieges auf ihnen liegen, um so mehr auch von dem Bestreben nach politischer Bewegungsfreiheit und nach politischer Macht, sowie nach Einfluß auf die Regierung beherrscht sind. Es gibt keine Macht auf Erden, die diesen Gedanken und dieses Streben im Deutschen Reiche wieder auszumerzen mächtig genug wäre. (Beifall links.) Die verbündeten Regierungen haben von Anfang an dieser Bewegung Rechnung getragen. Sie sind für die Angehörigen und Hinterbliebenen der ausmarschierten Krieger in immer wachsendem Maße eingetreten. Die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente ist herabgesetzt worden. Das Vereinsgesetz ist abgeändert worden, ebenso eine Novelle zum Militär.St.G.B. herausgegeben worden, und durch das Schutzhaftgesetz ist die Freiheit und das persönliche Recht der Staatsbürger anerkannt worden. Weiter ist dem Hause der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes zugegangen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Neueinteilung der Wahlkreise zum Reichstag soll schwerempfundenen Ungleichheiten ein Ende machen und die Probe auf die Durchführbarkeit der Verhältniswahl im großen Maße ergeben. Der Entwurf betr. die Aufhebung des § 153 der G.-O. soll auf einem beisammtrittenen Gebiet Ruhe schaffen. An dem Ernst und dem Willen der Reichsleitung, berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, kann daher niemand zweifeln. (Lebhafter Beifall.)

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens werden ausgiebige Mittel, von Reichs wegen zur Verfügung gestellt werden. Auch die Einzelstaaten sind sich des Gebots der Stunde bewußt. (Beifall.) Das hervorragendste Beispiel ist die Einbringung eines Gesetzes über die

Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus und Herrenhaus in Preußen,

eine Abänderung, die von Jahr zu Jahr dringlicher geworden und geheischt wurde, und deren Forderung jetzt wieder auf das mächtigste durch das ganze Land geht. Ich habe nicht die Absicht, mich in die Angelegenheiten des Bundesstaates Preußen hineinzumischen. (Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Es kann sich aber niemand der Einsicht verschließen, daß die Frage, ob für das preußische Abgeordnetenhaus ein dem Reichstagswahlrecht gleiches oder ein ihm entgegengesetztes Wahlrecht gelten soll, schon wegen der starken Einwirkung Preußens auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs tief in die Verhältnisse eingreift. (Lebh. Sehr richtig! und lebh. Beifall links.)

Deshalb können politische Erwägungen über diese Frage auch in diesem Hause nicht unterlassen werden — hat ja auch die Frage des preußischen Wahlrechts bei der Streikbewegung der letzten Wochen die keineswegs auf Preußen beschränkt war, eine sehr wesentliche Rolle gespielt! Die Reichsleitung wird sich schon aus bundesstaatlichen Rücksichten in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch begrüßen würde, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirklichen und den harten Streit zu beenden könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers des Innern, die sich für unveränderte Festhaltung und Durchführung der in der kaiserlichen Botschaft vom 11. Juni 1917 angekündigten Reform eingesetzt haben. Allerdings scheint die Sache durch den vor wenigen

Zu den Friedensverhandlungen.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien haben bereits am Sonntag begonnen. Unsere Unterhändler haben beim Eintritt in die Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß der augenblicklich regierende König von Rumänien außerordentlich unbeliebt sei. Es besteht aber bei der Delegation der Mittelmächte die Absicht, diesen Umstand als eine innerpolitische Angelegenheit Rumäniens zu behandeln, in die sie sich nicht mischen und deren sie sich bei den Verhandlungen auch nicht bedienen wollen. Dagegen heißt es, daß man keine Veranlassung habe, die besonderen Umstände außer acht zu lassen, unter denen Rumänien in den Krieg eingetreten sei.

Lupu Kostaki, Vorsteher des rumänischen Ministeriums des Innern, hat im Namen des früheren Ministerpräsidenten Peter Carp der rumänischen Delegation, die von der Jassyer Regierung zwecks Verlängerung des Waffenstillstandes mit den Vierbundmächten nach Bukarest entsandt wurde, folgende Erklärung übermittelt: Herr Peter Carp bittet Sie, Sr. Majestät gehorsamst unterbreiten zu wollen, daß seiner Meinung nach selbst dann, wenn der König den Frieden mit den Mittelmächten unterzeichnen würde, sein weiteres Verbleiben auf dem rumänischen Thron eine Reihe von Erschütterungen hervorrufen könnte, die Dynastie unmöglich machen und die Heilung der durch eine fatale und falsche Politik verursachten Wunden bedeutend erschweren würden.

Nach österreichischen Meldungen sollen die Verhandlungen bisher einen günstigen Verlauf genommen haben. Das Hauptgewicht legen die Rumänen auf drei bessarabische Kreise, die sie im Berliner Frieden verloren; es sind das rund 10 000 Quadratkilometer, welche die Gebiete Ismael, Bolgrad und Kubel umschließen. General Averescu hat sein Kabinett gebildet, er konnte aber bisher keinen der in Bukarest zurückgebliebenen rumänischen Parlamentarier zum Eintritt in dieses Kabinett veranlassen.

Die ungarische Regierung wird im Verlauf der Verhandlungen mit allem Nachdruck für die Sicherung des ungarischen Grenzschutzes eintreten. Die Stellungnahme der führenden Politiker in der rumänischen Frage ist eine einheitliche: Ungarn könne von einer Grenzkorrektur nicht absehen. Auch Graf Tisza forderte Bürgschaften Rumäniens, um eine abermalige Gefährdung Ungarns für die Zukunft zu verhüten. Die Schaffung eines solchen natürlichen Schutzes der Grenze gegen Rumänien soll es unmöglich machen, daß ein hinterlistiger, meuchlerisch lauernder Nachbar vor heut auf morgen wieder die Grenze durchbreche. Ungarn beabsichtige keine Annexionen, aber an dieser strategischen Grenzberichtigung müsse festgehalten werden, um Ungarn gegen neue Raubüberfälle zu sichern.

Römische Blätter melden, daß das serbische Parlament von der Regierung auf den 20. März nach Korfu einberufen worden sei. Secolo und Corriere della Sera zeigen sich darüber sehr beunruhigt. Secolo geht sogar so weit, die zu erwartende Einberufung der serbischen Kammer mit angeblich separatistischen Bestrebungen der serbischen Staatsmänner in Verbindung zu bringen.

Die von der mazedonischen Front entnommenen Italiener und Franzosen sollen durch griechische Soldaten ersetzt worden sein. Von der Salonikifront kommt die Nachricht, daß unter den serbischen Truppen vor einigen Tagen ein großer Aufruhr entstanden ist, der sich gegen die Franzosen richtete. Den mehrfachen Kraftanstrengungen der Franzosen gelang es, die aufrührerischen Serben niederzuzwingen. 25 serbische Offiziere wurden verhaftet und alsbald erschossen.

Krylenko hat an den Befehlshaber der deutschen Armeen das telegraphische Ersuchen gerichtet, nunmehr, nachdem Rußland die Friedensbedingungen angenommen hat, den Waffenstillstand zu erneuern.

Tagen gefaßten Beschluß der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses auf ein totes Gleis gekommen zu sein. Alle staatsrechtlichen Möglichkeiten werden mit einem Eifer diskutiert, als wenn der Entwurf endhältig gescheitert wäre. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist; schon mancher parlamentarische Entwurf ist mindestens ebenso gefährdet gewesen wie dieser und doch zustande gekommen. Ich glaube nicht, daß die maßgebenden Parteien sich der Einsicht dessen verschließen werden, was sie in diesen kritischen Stunden der Allgemeinheit schuldig sind. (Bravo.) Sie werden auch den Verdacht von sich weisen, als ob es auf eine doch jetzt geschehen mögliche Verschleppung der Frage abgesehen sei. (Sehr gut.) Nach meiner festen Ueberzeugung besteht die Gewißheit, daß das im Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt, und es besteht die begründete Hoffnung, daß es bald kommt. (Lebh. Bravo links.)

Das Vertrauen der Bevölkerung und der Volksvertreter zu den verbündeten Regierungen als Träger einer dem neuen Verhältnissen entsprechenden Politik ist gewachsen; daraus entsprang der Wunsch nach möglichst einmütigem Zusammenwirken beider Faktoren. Das ist erreicht worden ohne staatsrechtliche Neukonstruktion im Wege der Verständigung durch Aufnahme einzelner das Vertrauen ihrer Kollegen genießender Parlamentarier in die Reichsregierung und in die preußische Regierung. Wie dieser Versuch, an dem aktiv und passiv beteiligt zu sein ich die Ehre habe, ausfallen wird, läßt sich selbstverständlich noch nicht übersehen. (Abg. Kreth (Kons.): Sehr richtig! Heiterkeit rechts.) Soll diese Entwicklung Früchte tragen, so setzt sie allerdings guten Willen auf allen Seiten voraus. Aber der fehlt wohl auch nur bei einzelnen. (Sehr gut! links.) Soweit ich die Dinge übersehen kann, ist die Hoffnung berechtigt, daß diese Kriegsschöpfung den Krieg überdauert. (Bravo links.)

Leider wird mit der längeren Dauer des Krieges das Bild der Geschlossenheit, Opferwilligkeit und des gegenseitigen Vertrauens durch Bewegungen an dem extremen Seiten etwas getrübt, wenn auch nicht in dem Maße, daß daraus Bedenken für unsere Zukunft entstehen. Die am meisten ins Auge fallende Erscheinung ist der von der äußersten Linken vor einigen Wochen ins Leben gerufene, wenn auch bald wieder zur Ruhe gebrachte

Streik.

Vom Standpunkt der Allgemeinheit aus muß er aufs tiefste beklagt und verurteilt werden. (Sehr richtig!) Traurig genug, daß man jetzt darüber streitet, wer ihn veranlaßt hat, die eigenen Volksgenossen oder das feindliche Ausland. Er hat vielleicht, namentlich was seine Wirkung auf die Kriegsbetriebe anbelangt, nicht in dem Maße geschadet, als zunächst befürchtet wurde. Geschadet hat er aber schon dadurch, daß er die Hoffnungen unserer Feinde auf unseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch aufs höchste gesteigert und dadurch unsere Aussichten auf Frieden beeinträchtigt hat. (Sehr richtig!) Niemand kann wissen, ob er nicht den Krieg ganz direkt verlängert hat. (Sehr richtig!) Er hatte viele Arbeiter und Angestellte und leider nicht bloß die Rädelsführer in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht, er hat auch Opfer an Menschenleben und Menschenglück gefordert und wenn der Schaden nicht größer geworden ist, so ist das nicht das Verdienst derjenigen, die den Streik begonnen haben. Es haben denn auch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei ihre Beteiligung an dem Streik zunächst abgelehnt. Es war ein Fehler, daß sie sich dann ihm, wenn auch nur teilweise, angeschlossen haben, angeblich um die Bewegung in Schranken zu halten und Schlimmeres zu verhüten, Tatsache ist, daß sie dadurch die Bewegung, die sie selbst als zweckwidrig und schädlich erachtet haben, gestärkt haben.

Die von ihnen beabsichtigte Wirkung zu erzielen, waren sie vielleicht zu schwach. Umstände anderer Art, wesentlich wohl die Besonnenheit und Entschlossenheit des obrigkeitlichen Eingreifens (Lachen bei den Soz.), die Aussichtslosigkeit, Ernährung und der Mangel an Geld haben wohl mehr der Bewegung ihr Ende bereitet. Es wird sich zweifellos über diesen Streik eine große Debatte entspinnen, ihr vorzugreifen, liegt nicht in meiner Absicht. Ich beschränke mich auf einige kurze Bemerkungen. Die Zwecke, die mit dem Streik verfolgt wurden, werden wohl verschiedener Art gewesen sein. Ich glaube nicht, daß irgend jemand ernstlich geglaubt hat, daß auf dieses Signal hin, sich nun das in den Fabriken beschäftigte deutsche Volk erheben, das doch immerhin recht erträgliche Zustände seiner Regierung abwerfen und Arm in Arm mit den sogen. Proletariern aller Länder das Deutsche Reich mit dem Ideal des Regiments der Bolschewiki beglücken werde.

Wenn etwa der Zweck gewesen sein sollte, die Bewegung zugunsten des Reichstagswahlrechts in Preußen durch den Streik zu stärken, so hat umgekehrt nichts das Zustandekommen des Gesetzes so gefährdet, als eben dieser Streik (hört, hört!) durch die Art, wie er von den Gegnern dieses Wahlrechts politisch ausgenutzt worden ist. (Sehr richtig!) Ebensowenig einleuchtend ist der Gedanke, durch den Streik die Ernährungsschwierigkeiten zu beheben. Auch nur als Demonstration gedacht, mußte er in dieser Richtung wirkungslos bleiben, weil eine Demonstration hier nur dann einen Sinn haben könnte, wenn es an dem guten Willen in der Leitung der betreffenden Organe fehlen würde, was man gewiß nicht sagen kann. Es ist auch schwer, sich vorzustellen, wie in der Frage des Belagerungszustandes, der Schutzhaft, der Zensur usw. durch diesen Streik eine Besserung herbeigeführt werden soll. Endlich wird behauptet, daß der Streik, die baldige Herbeiführung des Friedens erreichen sollte. Das würde aber doch voraussetzen, daß auch die radikalen Parteien in den uns feindlich gesinnten Ländern sich dem anschließen. Nirgends hat sich dieser Wille gezeigt, nirgends diese Macht. Umgekehrt hat sich unabweisbar der naheliegende Gedanke aufgedrängt, daß die Möglichkeiten eines Friedens um so weiter von uns abrücken, je mehr die Gegner an tiefzerreißende innere Kämpfe bei uns glauben. (Sehr richtig!)

Soviel vom Streik. Wer ihn zu verantworten hat, mag das mit seinem Gewissen ausmachen. Sicher hat er weder der Sache des Vaterlandes, noch der des Volkes damit einen Dienst geleistet. Aber auch außerhalb der Reihen der Streikenden wird gegen das Gebot des Zusammenhaltens schwer gesündigt, nicht bloß von links, sondern auch von rechts. (Zuruf links: Viel mehr!) Niemandem ist, seitdem die Erörterung der Kriegsziele freigegeben ist, das Recht verwehrt, über diese und über den Inhalt des künftigen Friedens sich öffentlich auszusprechen; nur muß dieses Aussprechen für jeden, der das Wohl des Vaterlandes im Auge hat, seine Grenzen finden in der Rücksicht auf eben dieses Wohl und in der Wirkung auf das Ausland. Wie wenig es aber diese Rücksicht übt, das zeigt sich, wie beim Streik von links, so hier von rechts. Man glaubt, seiner Politik dadurch Kraft geben zu können, daß man denen, die anderer Meinung sind, den guten Glauben abspricht. (Sehr richtig! links, große Unruhe rechts, Zuruf rechts: Diese Gleichstellung ist unerhört!) Daß es nur ein kleiner Bruchteil der deutschen Bevölkerung ist, der sich auf diesen Standpunkt stellt, wird vom Feinde nicht beachtet. Bekanntlich können sich ja auch Minderheiten bei geschickter Arbeit den Schein größerer Bedeutung geben, als sie in Wirklichkeit haben. (Sehr wahr! links; andauernde Unruhe rechts.) So haben die Feinde die Wahl, ob sie die Preise gegen uns aus dem Köcher der äußersten Rechten oder äußersten Linken entnehmen wollen. (Unruhe rechts.)

Es wäre für unsere Brüder an der Front und zuhause viel besser, wenn man nicht immer wieder die Herzen mit der bangen Sorge erfüllen würde, daß die Interessen des Vaterlandes in höchster Gefahr seien, wenn nicht nach dem Willen einer Minderheit regiert wird. (Lebh. Zust. bei der Mehrheit. Unruhe rechts.) Es ist ein schweres Schaden, wenn in Berlin öffentlich unter dem brausenden Beifall einer tausendköpfigen Menge in der letzten Woche Schlagworte wie das von der „niederträchtigen Friedensresolution des Reichstags" geprägt und vor der Phantasie der erregten Zuhörer das Bild des ersehnten Reichskanzlers herausgeholbeschworen wird, auf den geschossen wird, der aber auch schießt. (Hört, hört!) (Lebh. Zust. links, erregte Zurufe rechts; Zuruf rechts: Das ist der rote Staatsmann!) Disziplin zu halten, muß von jedem Staatsbürger verlangt werden. Wer das nicht vermag, verwirkt das Recht, über andere zu richten. (Lebh. Zust. bei der Mehrheit.)

In den Fragen der Zensur, der Schutzhaft und des Belagerungszustandes muß versucht werden, eine praktische Lösung zu finden, die so schnell als möglich hilft, und so gründlich, wie das auf dem Boden der heutigen Gesetzgebung möglich ist, den wir ja im Kriege nicht verlassen wollen. Die neuen Steuervorlagen unterliegen noch der Entschließung des Bundesrats. Erspart bleiben sie Ihnen nicht. (Heiterkeit.) So hart sie drücken mögen, so ist es doch richtiger, den Etat mit Ihrer Hilfe im Gleichgewicht zu erhalten, als immer neue Schulden zu machen. Daß die Zustände auf dem Gebiet der Ernährung noch vielfach unbefriedigend sind, muß zugegeben werden. Erzeuger wie Verbraucher tun nicht immer das ihrige, um einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Immerhin freue ich mich erklären zu können, daß eine Verkürzung unserer Brotration zur Zeit nicht in Frage kommt. (Beifall.) Trotzdem muß sich natürlich nach wie vor jeder auf das notwendigste einschränken. Die aus der Ukraine erhofften Mengen können wir nicht schon als bereits geliefert einstellen. (Sehr richtig!)

Vielfach befürchtet man, daß die kriegswirtschaftlichen Organisationen für Lebensmittel und Rohstoffe als Syndikate und monopolähnliche Einrichtungen für immer vom Reich auf Kosten der Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen aufrecht erhalten werden können. Die Reichsleitung denkt nicht daran. Organisationen, die nur für den Krieg geschaffen sind, zu verewigen. (Bravo!) Sie wird die Bewegungsfreiheit und Initiative des einzelnen nicht zugunsten eines durch die Not der Zeit erzwungenen Staatssozialismus aufgeben. (Lebh. Beifall.) Im Kriege haben diese Organisationen viel Gutes geschaffen. Das wird eine spätere Zeit objektiv anerkennen. Natürlich können sie auch nicht bei Abschluß des Friedensvertrages mit einem Schlage beseitigt werden, sondern werden kürzer oder länger bis zu einer anderweitigen Regelung der Verhältnisse fortbestehen müssen.

Ich komme zurück auf den Ruf nach Einigkeit und Zusammenhalten. (Lebh. Zurufe rechts: Sie haben die Einigkeit nicht gefördert! — Stürmischer Beifall links.) Alle Entbehrungen können uns nicht zum Frieden zwingen; nur eins könnte unseren Feinden noch helfen, die deutsche Uneinigkeit. (Erneute Zurufe rechts, lebh. Zustimmung links.) Wir sind es unserem ruhmreichen Heere und seinen hervorragenden Führern schuldig, ohne Ansehen der Person auf allen Seiten das zurückzustellen, was uns trennt. (Zurufe rechts: Das tun Sie nicht! Lebhafter Beifall und Händeklatschen im Hause, bei der Mehrheit und auf den Tribünen; Zwischenrufe und Zischen rechts. Darauf erneuter stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Pfuirufe rechts.)

Vizepräsi. Dr. Paasche: Diese Pfuirufe entsprechen nicht der Würde des Hauses! (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das Haus vertagt sich.

Vizepräsi. Paasche schlägt vor, die Sitzung Dienstag um 11 Uhr beginnen zu lassen.

Abg. Frh. v. Gamp und Prinz Schönaich-Carolath beantragen, den Beginn auf 1 Uhr festzusetzen.

Abg. Graf Westarp: Ich beantrage, die Sitzung um 2 Uhr anzusetzen. Wir müssen den Vorwurf der herausfordernden Ruhe, die wir eben gehört haben, erst abwarten. (Zustimmung rechts; große Unruhe bei der Mehrheit.)

Das Haus beschließt, die Sitzung um 1 Uhr beginnen zu lassen, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß: 5 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180226-18/fragment/page=0002

Rußlands innere Kämpfe.

Daily Telegraph meldet aus Petersburg, daß Lenin erklärt habe, Rußland sei nicht in der Lage, dem Einmarsch der Deutschen Widerstand zu leisten, so daß eine Fortsetzung des Krieges auf eine Niederlage Rußlands und die vollständige Vernichtung aller Errungenschaften der Revolution hinauslaufen würde. Das einzige Mittel, sie zu retten, sei ein Friedensschluß, nach welchem der Wiederaufbau Rußlands im sozialistischen Sinne beendet werden könne. Die Regierung müsse den Krieg gegen die inneren Feinde fortsetzen, könne also die dazu nötigen Truppen nicht an die Front schicken. Ein anderer Grund für den Friedensschluß sei, daß die Deutschen sich jetzt mit den Imperialisten von Westeuropa noch nicht geeinigt hätten; dies werde aber früher oder später geschehen, und daher müsse Frieden geschlossen werden, ehe die Imperialisten der ganzen Welt sich gegen die Revolution vereinigt hätten.

Bolschewistische Truppen haben am 17. Februar in Nowesielitza (Bessarabien) 47 französische Rote-Kreuz-Automobile, die mit Munition beladen, von französischen Offizieren begleitet waren, angehalten. Die Automobile wollen sich nach Rumänien unter der Roten-Kreuz-Flagge durch Bessarabien durchschmuggeln. Sie sind ein Teil jener französischen Automobilkolonne, die sich bisher in Südrußland aufgehalten hatte und sich nunmehr infolge des Friedensschlusses zwischen der Ukraine und den Mittelmächten nach Rumänien zurückzieht. Nach Wegnahme der Munition und Ausrüstungsgegenstände setzten die Automobile ihren Weg nach Rumänien fort.

Petit Marseillais meldet aus Kobe: Angesichts der Unruhen in Carbin und Wladiwostok beschlossen die Ententeregierungen, die Munitionstransporte von Neuyork nach Wladiwostok aufzuhalten. Japan wurde beauftragt, alle nach Wladiwostok befindlichen Munitionssendungen abzufangen und die Munition in Japan zu löschen. Bereits wurden in Kobe und auf den Bejinseinseln 4000 Tonnen Munition gelöscht. Drei japanische Dampfer liegen in Neuyork und können keine Munition laden. Zehn amerikanische Schiffe haben unterwegs Befehl erhalten, Wakomuifu anzulaufen. Unterhandlungen sind im Gange, die Munition dort aufzuladen.

Die Lage in Petersburg.

Stockholms Tidningen bestätigt, daß die Vielverbandsdelegationen in Petersburg in den nächsten Tagen die russische Hauptstadt verlassen werden. Die japanische Botschaft reiste bereits über Charbin heim. Die Diplomaten der Westmächte wollen zunächst in Stockholm die Entwicklung der russischen Ereignisse abwarten.

Times meldet aus Petersburg, die Nachrichten, die von der Flotte kämen, lauteten immer beunruhigender. Die anarchistische Bewegung unter den Seeleuten gewinne stets an Boden. Man verlange den Rücktritt des Volksbeauftragten für die Marine Dibenko. Die Beunruhigung in der Hauptstadt nehme stetig zu. Die Furcht vor den Anarchisten sei sehr groß. Bei Straßenaufläufen könne man hören, daß das Volk von den Deutschen die Rettung aus dieser Gefahr erwarte. Es sei der Revolution müde und leide unter der Unordnung und den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen.

Der Times wird aus Petersburg vom 21. Februar telegraphiert: Die noch in der Hauptstadt anwesenden Mitglieder der britischen Kolonie sind jetzt, wo man mit Sicherheit annimmt, daß die Deutschen den Vormarsch bis Petersburg fortsetzen werden, in großer Sorge und Angst. Das britische Konsulat wird von Engländern bestürmt, die so rasch wie möglich das Land zu verlassen wünschen. Alle britischen Untertanen militärischen Alters, die bisher aus verschiedenen Gründen vom Dienst befreit waren, haben den Auftrag erhalten, sich binnen sechs Stunden zur Abreise bereit zu machen. Den anderen britischen Untertanen wurde empfohlen, Rußland unverzüglich zu verlassen.

Temps meldet aus Petersburg: Die Absicht der Verteidigung Petersburg wurde aufgegeben, da die Befestigungen in sehr schlechtem Zustande und die wesentlichen Teile der Geschütze gestohlen oder beschädigt seien. Die Räumung Revals sei beendet. Der letzte Zug aus Reval sei in Petersburg eingetroffen.

Wie Corriere della Sera aus Petersburg meldet, verschlimmert sich die Lage angesichts des deutschen Vormarsches sehr. Die Gefahr einer Besetzung von Petersburg bestehe diesmal ernstlich. In Petersburg gehe das Gerücht um, Trotzki werde zurücktreten.

Der englische Geleitzug im Sturme.

Kopenhagen, 24. Februar. Wie die Blätter heute melden, erweisen sich die gestrigen Meldungen über das angebliche Geleitzugunglück in der Nordsee teilweise als stark übertrieben und teilweise als falsch. Es hat sich nun herausgestellt, daß kein dänischer Dampfer untergegangen ist. Von dem ganzen Geleitzug ist nur der englische Dampfer Harrowate im Sturm infolge Verschiebung der Ladung untergegangen. Wie der Kapitän des in Nyborg eingetroffenen dänischen Dampfers Georg mitteilt, zählte der Geleitzug 51 Schiffe, von denen 10 dänische waren.

Ueber die italienischen Kriegsziele

machte der Ministerpräsident Sonnino in der italienischen Kammer folgende Ausführungen:

Unsere Ansprüche Oesterreich-Ungarn gegenüber haben zwei Grundlagen, ethnische und die legitime Sicherheit zu Lande und zu Wasser. Die ethnischen Gründe sind an sich klar und geheiligt durch die italienische Seele der „unerlösten" Länder. Ebenso klar sind auch die Gründe der legitimen Sicherheit zu Lande und zu Wasser. Was das östliche Mittelmeer anbetrifft, so kann ich nur das sagen, was ich schon früher gesagt habe: Wir haben keine imperialistischen Ziele. Wir wollen nur gegenüber etwaiger Vergrößerungen anderer als Ergebnis dieses Krieges, daß man das Gleichgewicht der Kräfte aufrechterhält. Was Albanien anbetrifft, so hatten wir seine Unabhängigkeit übereinstimmend mit den allgemeinen Grundsätzen der Achtung vor den Nationalitäten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrecht. Aber das Schicksal Albaniens hat ein besonderes Interesse für Italien und hängt eng zusammen mit der Adriafrage, die für Italien eine Lebensfrage ist, ebenso wie unser direkter und sicherer Besitz von Valona und seinem Gebiet. Also bezüglich Albaniens hat Italien keine anderen Gesichtspunkte als seine Verteidigung gegen jede Unduldsamkeit oder einen Angriff einer anderen Macht.

Sonnino schloß seine Rede so: Wir kommen jetzt in die kritische und entscheidende Phase des ungeheuren Weltringens, in jene nicht zu vermeidende Phase zwischen dem plötzlichen Ausfall jedes Widerstandes auf der Ostfront und dem Augenblick, wo Amerika die furchtbare Macht seines militärischen Vorgehens vollständig wird zur Geltung bringen können. Das wird für uns eine Zeit schwerer Prüfungen und peinlicher Opfer für das Heil und die Ehre des Vaterlandes sein, und das wird den Regierungen immer größere und immer furchtbarere Verantwortungen aufbürden, um die militärische und zivile Tätigkeit intensiver zu gestalten und zu vereinigen zur Verteidigung und zum Triumph der gemeinsamen Sache.

Der Krieg zur See.

Berlin, 25. Febr. Im Sperrgebiet um England wurden von unseren U-Booten fünf Dampfer und zwei Fischerfahrzeuge versenkt. Zwei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Die Fischerfahrzeuge waren der englische Segelfischer Holter und der französische Segelfischer Marcouin.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Genf, 25. Febr. Der französische Handelsminister teilt mit, daß sämtliche vom 23. bis 29. Januar aufgegebenen Lastsendungen nach Algerien und nach der Gegend von Misch ba (Marokko) als verloren anzusehen sind. Die Zeitungen schließen daraus, daß ein französischer Postdampfer zwischen Marseille und Algier versenkt worden ist.

Genf, 25. Febr. Wie die Pariser Zeitungen mitteilen, ist eine große Dampffähre zur Beförderung von Eisenbahnzügen über den Kanal hergestellt worden. Der erste Eisenbahnzug soll vor einigen Tagen in Dieppe eingetroffen sein mit einer Sendung von Waren für Rouen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 25. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Vielfach Artillerie- und Minenwerferkampf. An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgefechte, die uns östlich von Armentieres Gefangene und Maschinengewehre einbrachten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Unsere Truppen besetzten Pernau. Ein Estenbataillon hat sich dort dem deutschen Kommando unterstellt.

Ihren Divisionen voraus haben gestern vormittag die Sturmkompagnie 18 und die 1. Schwadron Husarenregiments 16 Dorpat genommen. Auf dem Wege dorthin wurden 3000 Gefangene gemacht und viele hundert Fahrzeuge erbeutet. Diese fliegende Abteilung hat somit in 5½ Tagen über 210 Kilometer zurückgelegt.

Heeresgruppe Linsingen.

In Rowno ist der gesamte Stab der russischen „Besonderen Armee" in unsere Hände gefallen. Ihr Oberbefehlshaber war entflohen.

Vortruppen erreichten Shitomir und nahmen dort Verbindung mit ukrainischen Truppen auf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, den 25. Februar abends. Amtlich.

Stadt und Festung Reval wurden heute vormittag 10 Uhr 30 Minuten nach Kampf besetzt.

Pleskau (Pskow), südlich vom Peipus-See, ist in unserer Hand.

Der Vormarsch in Livland und Estihland

Der Krieg im Westen.

Berlin, 25. Februar. Ueber den Vorstoß der Franzosen am 23. Februar wird nachträglich noch gemeldet: „Am 23. Februar feuerte der Franzose im Sundgau von 10.30 Uhr vormittags an aus 52 Batterien, Kaliber bis zu 28 cm, und aus schweren Minenwerfern an 30 000 Artilleriegeschosse und 450 schwere Flammenwerfer gegen unsere vorderen Linien, das Batteriegelände und die Straßen im Abschnitt Niederaspach-Erbrücke-Niederburnhaupt. Um 1 Uhr mittags blies er aus dem Kreuzwald gegen Niederasbach Gas ab, das über Norden nach Nordwesten drehte und in das Thannet Tal zog. Auch mit Granaten suchte er den Abschnitt zu vergasen.

Nach siebenstündigem Feuer stürmten drei völlig ausgeruhte, durch Wochen hinter der Front zum Angriff geschulte Bataillone heran. Streckenweise brach der Sturm schon in unserem Feuer nieder. Bei Erbrücke wurde er im Kampf Mann gegen Mann erstickt. In Niederaspach drang der Feind ein. Die Besatzung war an Zahl unterlegen, geschwächt, erschüttert, betäubt von zahllosen Detonationen — aber sie zögerte keine Sekunde, sie wartete keine Reserven, keine Hilfe ab, sie griff den Feind an und warf ihn hinaus. Die ganze vordere Linie ist fest in unserer Hand. Infanterie und Artillerie haben sich glänzend geschlagen. Der Feind hat in ihrem Feuer schwer bluten müssen. Die Gefangenen wissen davon zu erzählen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

In der heutigen Reichstagssitzung

werden nach dem Reichsschatzsekretär Graf Roedern die Abgeordneten Scheidemann, Trimborn, Dr. Wiemer und Graf Westarp das Wort ergreifen.

Im Bundesrat

wird von nun an der Vizekanzler von Payer in seiner Eigenschaft als stimmberechtigtes Mitglied des Bundesrats für Preußen auch den stellvertretenden Vorsitz im Bundesrat führen.

Die Heimsuchung an den Kindern.

Die Preußische Litauische Zeitung macht unter der Spitzmarke: „Keine Streikerkinder" diese Mitteilungen:

Bei einem Teil der Kreiseingesessenen ist die Besorgnis laut geworden, daß auch solche Kinder hier Aufnahme finden können, deren Eltern oder Geschwister an dem Streik in der vorvergangenen Woche beteiligt gewesen sind. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist dieser Möglichkeit im Einvernehmen mit den entsendenden Kommunalverbänden in ausreichendster Weise vorgebeugt. Hierzu sei noch bemerkt, daß die arbeitende Bevölkerung in den Kreisen Hörde Stadt und Land und in der Stadt Bochum, deren Kinder auch in diesem Jahre voraussichtlich wiederum dem Landkreise Insterburg zugewiesen werde, sich an dem Streik wenig oder gar nicht beteiligt hat.

Mit der Beruhigung der selbstverständlich streng christlichen und extrem konservativen Leser der Preußisch-Litauischen Zeitung ist natürlich die Sache nicht abgemacht. Die in dem Elaborat genannten Städte und auch die nicht genannten Industrieorte, die ebenfalls Kinder in diesen Bezirk senden, werden nicht umhin können, sich dahin zu äußern, ob es wahr ist, daß sie gewillt seien, die aufs Land zu sendenden Kinder nach dem Grundsatze auszuwählen, ob ihre Väter oder Brüder an dem verflossenen Demonstrationsstreik beteiligt gewesen sind. Das aus der abgedruckten Notiz für die beteiligte Bevölkerung sich ergebende moralische Defizit brauchen wir nicht im einzelnen aufzurechnen. Das liegt offen zutage.

Die Geleimten.

Der Vorwärts schreibt: Immer mehr stellt sich heraus, daß die Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhaus bei ihrem schmählichen Wahlrechtsverrat einen Hereinfall erlitten haben, der allen ihren Erwartungen widersprach. Sie hatten nämlich geglaubt, daß ein Teil des Zentrums sie bei der Niederstimmung des gleichen Wahlrechts unterstützen und daß durch diese Gesellschaft die Sache für sie ein weniger kompromittierendes Aussehen erhalten würde. Das Zentrum hat jedoch den Nationalliberalen diesen Gefallen nicht getan. Es ist wohl bekannt, daß auch im Zentrum ein rechter Flügel Gegner des gleichen Wahlrechts ist, aber die Zentrumsleute sind gerissene Taktiker und hüten sich, ihre Partei, solange sie es verhindern können, vor ihren teilweise stark demokratisch gesinnten Wählermassen zu kompromittieren. Als klar war, daß die vier nationalliberalen Wahlrechtsgegner in der Kommission ohnehin ausreichten, um das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen, stimmte das Zentrum geschlossen gegen den konservativ-freikonservativen Pluralwahlrechtsantrag.

Jetzt sind die Nationalliberalen wütend, daß das Zentrum sie allein in der Patsche gelassen hat. Die Natl. Corresp. hatte ihrem Schmerz darüber noch in verhüllter Weise Ausdruck gegeben, die nationalliberale Magdeburgische Ztg. aber gesteht den Todestand unzweideutig mit den Worten zu: die Gesellschaft des Herrn Dr. Lohmann sei vom Zentrum hinters Licht geführt worden.

Die Blamage der Nationalliberalen fängt an, riesengroß zu werden!

Aus aller Welt.

Zum Selbstmord des Großherzogs. Neu-Strelitz, 15. Februar. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Großherzog freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Diese Absicht geht auch aus Briefen hervor, die der Großherzog für seinen Hausmarschall hinterlassen hat. Ueber die Gründe der Tat herrscht noch tiefes Dunkel. Man ist geneigt anzunehmen, daß eine starke geistige Ueberspannung die Ursache gewesen ist. Großherzog Adolf Friedrich lebte stets vollständig zurückgezogen. Sein Hang zur Einsiedelei wurde in den letzten Jahren immer stärker. Seit er vom Schloß in eine Privatvilla übergesiedelt war, die er sich am Rande der Stadt hatte bauen lassen, sah ihn der Hof nur selten.

Verhaftung von Eisenbahndieben. Elberfeld, 24. Februar. Hier wurden 32 Eisenbahnbeamte wegen großer Eisenbahndiebstähle verhaftet. Es wurden große Warenlager vorgefunden.

Lustmörder. Bern, 25. Februar. Der des Lustmordes an der Eisenbahnschaffnerin Weigel in Frankfurt am Main beschuldigte Karl Suter, der sich gegenwärtig in der Schweiz in Untersuchungshaft befindet, hat auch einen Lustmord an der Russin Toiro in Zürich eingestanden.

Batavia unter Wasser. Amsterdam, 25. Februar. Die Niederländ. Indische Pressetagentur meldet aus Batavia, daß infolge einer heftigen Wolkenbruches und eines gewaltigen Wirbelsturmes halb Batavia unter Wasser stehe. Mehrere Dörfer sind weggespült. Einige tausend Personen sind obdachlos.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 26. Februar 1918.

Die Familientragödie in Trotha, von der wir an der Spitze unserer Beilage berichten, hat insoweit einen gewissen Abschluß gefunden, als jetzt auch die Leiche der Frau Irmer in der Saale aufgefunden wurden ist. Die weitere polizeiliche Untersuchung hat nunmehr zweifelsfrei ergeben, daß die Frau bei der Mordtat an ihrem Manne als alleinige Täterin in Frage kommt.

Das Gewerkschaftskartell hält am Mittwoch abend 8 Uhr im Volksplatz eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Der Bericht des Vorstandes und der Ausschüsse, ferner eine Aussprache über die behördliche Neufestsetzung der Ortslöhne nach dem Durchschnittswert der Sachbezüge.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7. Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Heringe. Mittwoch, vormittag 1/2 8—12 Uhr: Nr. 38501—42000, nachmittag 2—6 Uhr: Nr. 42001—45500, der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person etwa 110 Gramm zum Preise von 25 Pfg.

Kaffee-Ersatz-Mittel. Dienstag, vormittag von 1/2 8—12 Uhr Nr. 38501—42000, nachmittag von 2—6 Uhr: Nr. 42001 bis: 45500 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person 1/4 Pfund zum Preise von 75 Pfennig.

Quark. Mittwoch auf den besonderen Bezugsschein für Kinder und der Lebensmittelscheine Nr. 49001—63000 in den Milchhandlungen Hinsche, Große Gosenstraße 21, Meinhardt, Gr. Brunnenstraße 36, Ritze, Goethestraße 13, Rast, Humboldtstraße 48, Töschke, Brandenburger Str. 10, sowie in der Verkaufsstelle der Dimmritzer Molkerei, Kellstraße 135. Jede Person 1/8 Pfund auf Abschnitt 2 des Bezugsscheins zum Preise von 30 Pfennig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180226-18/fragment/page=0003

Bekanntmachung.
Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 27. Februar 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7½ Uhr	Nr. 5201—5300,	um 11½ Uhr	Nr. 5601—5700,
„ 8½ „	„ 5301—5400,	„ 12½ „	„ 5701—5800,
„ 9½ „	„ 5401—5500,	„ 1½ „	„ 5801—5900,
„ 10½ „	„ 5501—5600,	„ 2½ „	„ 5901—5950.

Halle, am 25. Februar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der nächste Kram- und Viehmarkt wird am 21. und 22. März d. J. auf dem Roßplatze abgehalten.

Geräuschvolle Volksbelustigungen müssen unterbleiben.

Auch wird darauf hingewiesen, daß die offenen Verkaufsstellen um 5 Uhr, diejenigen für Lebensmittel um 6 Uhr und die Lustbarkeiten um 10½ Uhr zu schließen sind.

Der Viehmarkt, zu dem nur Pferde aufgetrieben werden dürfen, findet am 21. März d. J. auf dem oberen Teile des Roßplatzes, hinter dem Wasserturm, statt, und dauert von vorm. 7 bis nachm. 1 Uhr. Der Antrieb des Viehes darf vor 7 Uhr vormittags nicht erfolgen und muß um 10 Uhr beendet sein. Nach dieser Zeit wird Vieh zum Verkaufe nicht mehr zugelassen.

Für die Zufuhr und den Auftrieb ist ausschließlich die Dessauer Straße zu benutzen.

Die Ausgabe der Marktstandzettel usw. und die Platzverteilung werden in folgender Reihenfolge vorgenommen:

Dienstag, den 19. März 1918.

8½—10 Uhr vormittags: Abfertigung derjenigen Gewerbetreibenden im Wasserturm, die Lustbarkeitssteuer zu entrichten haben, sowie der Inhaber von Kaffeezelten;

10 Uhr vormittags: Beginn der Platzverteilung für Vorgenannte. Gleichzeitig beginnt im Wasserturm die Standzettelausgabe für Schmuckwarenhändler, Zigarrenhändler und Postkartenhändler;

11 Uhr vormittags: Platzverteilung an die Schmuckwaren- und Postkartenhändler.

Mittwoch, den 20. März 1918.

8 Uhr vormittags: Ausgabe der Standzettel an Porzellan- und Topfwarenhändler, Böttcher und Händler mit groben Holzwaren;

9 Uhr vormittags: Platzverteilung für dieselben. Zu gleicher Zeit beginnt die Standzettelausgabe für Korbwaren-, Filz- und Schuhwaren-, Galanterie- und Spielwaren, Weiß- und Wollwaren und Partiewarenhändler.

Die Platzverteilung für diese Händler wickelt sich in folgender Ordnung ab:

10 Uhr vormittags: Korbwaren-, Filz- und Schuhwaren-, Galanterie- und Spielwaren-, Weiß- und Wollwarenhändler;

11 Uhr vormittags: Partiewarenhändler.

Sodann findet die Ausgabe der Standzettel und darauffolgende Platzverteilung an alle übrigen Händler, wie Eßwarenstände, Ballonhändler, Spezialartikelhändler usw. statt.

Es werden 8 Spielbuden zugelassen, von denen die Hälfte Radbuden sein können. Die Bewerbungsgesuche der Spielbudenbesitzer sind bis spätestens **15. März 1918** schriftlich einzureichen.

Gehilfen dürfen in Spielbuden nur dann beschäftigt werden, wenn sie in Halle wohnhaft und durchaus zuverlässig sind. Die Personalien der Gehilfen sind in den Bewerbungsgesuchen genau anzugeben.

Der Verkauf von Pfauenfedern, Staubwedeln, Konfetti und Papierrollen ist verboten.

In jeder Verkaufsbude ist ein größerer mit Wasser gefüllter Eimer, in jeder Schaubude ein solcher auf je 3 Meter Frontlänge zu Löschzwecken bereitzuhalten. Im Unterlassungsfalle tritt Bestrafung und Verweisung vom Marktplatze ein.

Die Besitzer von Azetylenapparaten mit mehr als 2 Kilogramm Karbidfüllung haben das Zeugnis der erstmaligen Prüfung des Apparates bei der Lösung der Standzettel vorzulegen. Falls sie hierzu nicht in der Lage sind, wird die Inbetriebnahme nicht erlaubt.

Die Marktordnung hängt während des Marktes im Wasserturm zur Einsicht aus.

Halle, am 18. Februar 1918.

Der Magistrat. Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte liefert für altes Tauwerk (Tauenden, Leinen u. dgl.), das bis **Ende Februar** abgeliefert wird, das gleiche Gewicht Bindegarn, und zwar entweder Hartfasergarn zu 6 M., Weichfasergarn zu 10 M. oder Weichfasermischgarn zu 7,50 M. das Kilo (brutto für netto) frei ab Fabrik oder Lager.

Inhaber der genannten Abfälle, welche von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch machen wollen, werden aufgefordert, die Abfälle bei dem Althändler Samuel, Alter Markt 7, abzugeben, woselbst ihnen Bestätigungen über die abgegebene Menge ausgestellt werden, gegen deren Rückgabe sie seinerzeit das Bindegarn erhalten werden.

Halle, am 23. Februar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der durch Gemeindebeschluß vom 13. Februar / 19. März 1917 mit Zustimmung der Polizeiverwaltung auf Antrag der beteiligten Grundstückseigentümerin, offenen Handelsgesellschaft A. Huth & Co., unter Abänderung der entgegenstehenden früheren Beschlüsse festgesetzte Fluchtlinienplan für die Grundstücke Große Steinstraße 85 und Markt 20 ist förmlich festgestellt worden.

Der Plan kann im Bureau I (Wagegebäude, Zimmer 23) während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Halle, am 22. Februar 1918.

Der Magistrat.

Wachstuchreste
verkauft billig
J. Sternlicht
Alter Markt 11.

Handschuhe
große Auswahl
: Gegr. 1853 : **F. C. Siebert** Fernruf 2363.
Untere Leipziger Straße 9, gegenüber der Kirche.

Unsere Buchdruckerei ausgestattet mit allen der Neuzeit entsprechend angeschafften Schriften Einfassungs- und Vignettenmaterials, empfiehlt sich den Gewerkschafts- und Partei-Genossen, sowie der geehrten Geschäftswelt zur Anfertigung sämtlicher
Vereins- und Geschäftsdrucksachen
wie Eintritts- und Mitgliedskarten, Statuten, Zirkulare Jahresberichte, Programme, Rechnungen, Prospekten Plakaten usw. Ferner empfehlen wir uns zur Herstellung von Familiendrucksachen in nur bester, moderner Ausführung
Freie Presse G.m.b.H.
Leipzig, Königstraße Nr. 5
Eingang auch Johannisgasse 10

Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer
Ortsgruppe Halle, Südstraße 8.
Sonnabend, den 2. März,
im Markgrafen, Brüderstraße 7,
abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung.
Auskunft und Beratung
jeden Mittwoch 5 bis 8 Uhr Südstr. 8.
Noch fernstehende Kameraden sind willkommen. [920
Der Vorstand. A. Bartels.

Umpreßhüte
werden angenommen. Preis 3.50 M.
Lieferzeit 3—4 Wochen.
Umarbeitungen nach neuester Form.
Große Auswahl in Blumen.
Fritz Mösenthin
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.
912]

Kleider- und Kostümstoffe
in Wolle, Seide, Samt- und Schleierstoff
Große Auswahl ⊙ Vorteilhafte Preise [507
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Schmiede, Schlosser Stellmacher und Zimmerleute
werden eingestellt. [917
Jul. Berger
Tiefbau A.-G., Bauführung Körbisdorf.

Erdarbeiter
werden gesucht durch [916
Jul. Berger, Tiefbau A.-G.
Bauführung Körbisdorf bei Meuselwitz.

Stadt-Theater
Mittwoch, 27. Februar:
Anfang 7,30 Uhr Ende 10,0 Uhr
Die Braut von Messina
Trauerspiel von Schiller.
Donnerstag: Iphigenie auf Tauris.

Die Gleichheit
Sozialdemokratische Frauenzeitung
Nr. 8
eingetroffen.
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Stadtbad
Haarpflege-Räume,
„Fara"-Haarkuren erfolgsicher bei Haarausfall, Glatzenbildung, Schuppen, Fetthaar, frühzeitiges Ergrauen. Spezialbehandlung durch kosmet., elektrochem., therapeut. „Fara"-Massagen. Einz. am Platze. 90 Behandlungsarten, individuelle Anpassung nach mikroskop. Haarbefunde.
Keine Glatze mehr!
Wichtig für uns. Feldgrauen, für Kopf- u. Haarleid.
Wegweiser z. mech. Behandlung mit individuellen Ratgeber 2 M. [921

Für unsere Abteilung
Rohr-Montage
suchen wir noch einige geübte
Rohrbieger.
Aschersleben er Maschinenfabrik A.-G. [919
Aschersleben.

In Freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Als Schneidermeister empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.
O. Heimsath & Sohn,
Steg 19.

Hallescher Hausfrauenbund (E. V.)
Rathausstr. 17 I — Geöffnet täglich von 10—12 Uhr
Kochkisten-Verkauf
(Stück von 6.50 M. an)
und Beratung
Verkauf von Petroleum-Sparlampen zum Preise von 15 Pf. das Stück.
Anleitung zur Herstellung von Hausschuhen.
Unterrichtsgeld 1 Mark, für Mitglieder 30 Pf.

Die Fürsorgevermittlungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg
sucht und vermittelt kostenlos
gute Schlafstellen.
Poltstraße 16, Zimmer Nr. 59, II. Tr. r. [500

3 Könige Varieté Kl. Klausstr. 7
Das neue humoristische Programm
Neue Possen: **Die verhexten Möbel, Distelfink will sich scheiden lassen** [902
Urkomisch! Größter Heiterkeitserfolg! Urkomisch!

„Schmelzers Höhe"
Eichendorffstr. 19
Ausschank des beliebten Hackerbräu, München, und Pilsener der Brauerei Fr. Günther.
Familienverkehr — Treffpunkt für Skater.
Werte Freunde und Gäste ladet freundlichst ein
Familie Fr. Emmer.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
892] in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
Mundharmonikas
Mandolinen, Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.
Sonntags geöffnet von ½12 bis ½2 Uhr.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Dr. Ed. David MdR.:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einreihung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.
Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— M.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180226-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 48. Halle, Dienstag den 26. Februar 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 26. Februar 1918.

Die Familientragödie in Trotha.

Ueber das furchtbare Familiendrama, das sich jetzt im Vorort Trotha ereignet hat, seien in Ergänzung unserer gestrigen kurzen Notiz darüber heute noch einige ausführliche Mitteilungen gemacht.

Bekanntlich wurde am Freitag im Trothaer Schleusengraben die Leiche eines kleinen Mädchens gefunden. Auf der Suche nach den Angehörigen des Kindes, das als die 1913 geborene Hedwig Irmer aus Trotha erkannt wurde, stellte die Polizei fest, daß die ganze Familie Irmer fehlte. Bei der daraufhin erfolgten Oeffnung der Wohnung, Trothaer Straße 55, wurde der Vater des Kindes, der 1885 geborene Stellmacher Emil Irmer, tot aufgefunden. Er lag ausgezogen in seinem Bett, und im Kopf, nahe der rechten Schläfengegend, steckte ein 10 Zentimeter breites Handbeil.

Hausbewohner bekunden nun, daß zwischen den Eheleuten Irmer öfters Streitigkeiten stattgefunden hätten, weil die Ehefrau, Minna mit Vornamen, nachlässig in ihrer Wirtschaft gewesen sei, lange geschlafen und gern Romane gelesen habe. Alle Ermahnungen des Ehemannes, der als solid und fleißig geschildert wird, sollen nichts genutzt haben. Irmer soll sich daher mit dem Gedanken getragen haben, seine beiden Kinder anderweitig unterzubringen und sich von seiner Frau zu trennen. Am Donnerstag nachmittag hat die Ehefrau Irmer noch im aufgeregten Zustande zu einer Hausbewohnerin geäußert, daß zwischen ihr und ihrem Ehemann noch etwas passiere, sie mache „Gehackies" von ihm. Am Abend desselben Tages ist es zwischen den Eheleuten wieder zu einem heftigen Streit gekommen, wobei Irmer seiner Frau die Wohnung verwies. Eine Hausbewohnerin hat aber den Streit geschlichtet, und gegen 9 Uhr ist es in der Wohnung ruhig geworden. Bald nach 11 Uhr hat Frau Irmer einer Bewohnerin des Vorderhauses (die Irmerschen Eheleute bewohnten das Hinterhaus allein) mit gedämpfter Stimme zugerufen, sie möge sie am nächsten Morgen um 5¼ Uhr wecken. Das ist auch geschehen, jedoch war um 6 Uhr noch helles Licht in der Irmerschen Wohnung. Frau Irmer scheint demnach um diese Zeit sich und ihre beiden Kinder angezogen und das Haus in der dunklen Morgenstunde ungesehen verlassen zu haben.

Nach diesen Vorgängen zu urteilen, dürfte Frau Irmer ihren Mann ermordet, aber die Tat allein ausgeführt zu haben. Augenscheinlich hat sie dem Ehemann, während dieser fest schlief, den tödlichen Beilhieb beigebracht, denn die Lage der Leiche weist auf keinen Kampf hin. Sie fehlt noch, wenigstens zur Zeit, da wir das schreiben, mit ihr auch das jüngste Kind, ein 1916 geborener Knabe. Frau Irmer ist etwa 160 Zentimeter groß, hat tiefschwarzes Haar und ist wahrscheinlich bekleidet mit schwarzem Jackett, dunkelbraunem Rock und neuen, hohen schwarzen Schnürschuhen. Der Knabe hat blondes Lockenhaar und trägt hellgrau karriertes Kleid.

Da anzunehmen ist, daß auch Frau Irmer mit dem Knaben, den sie wahrscheinlich im Mantel trug, den Tod in der Saale gesucht und gefunden hat, werden die stromabwärts gelegenen Behörden ersucht, ihr besonderes Augenmerk auf angeschwemmte Leichen zu richten und beim Auffinden der Vermißten sofort der Kriminalpolizei oder der Königl. Staatsanwaltschaft in Halle Nachricht zu geben.

Ein Nachwort über die Unabhängigen.

Vom Genossen Ad. Thiele wird uns geschrieben:

Erst verspätet habe ich Kenntnis erlangt von dem Bericht des Volksblattes über unsere öffentliche Versammlung am vorvergangenen Sonntage. Sie haben bereits auf einige Reihe dieses Berichts hingewiesen. Als Vorsitzender jener Versammlung möchte ich noch mit einem Worte auf den Schlußsatz des Volksblattberichts eingehen.

Es wird darin gesagt, für die Diskussion seien nur wenige Minuten übrig geblieben, so daß aus diesem Grunde niemand sich zum Worte gemeldet habe. Diese Behauptung ist weit mehr „unabhängig" als wahr. Die uns zur Verfügung gestellte Zeit war betreffs ihres Beginns von einer allgemeinen Polizeiverordnung, betreffs ihres Endes von anderweiter Benutzung des Saales begrenzt. Genosse Legien hat auf meinen ausdrücklichen Wunsch einige Teile seines Vortrags gekürzt, so daß er kurz vor 1 Uhr mit seinen Ausführungen schließen konnte. Daß ich Punkt ½12 Uhr die Versammlung eröffnet habe, um keine Minute der Diskussionszeit zu vertrödeln, wird der Berichterstatter des Volksblattes bestätigen. Es standen also eine volle halbe Stunde zur Verfügung, eine Frist, die bequem ausreichte zu einer Entgegnung.

Warum hat sie der Redakteur des Volksblattes, der in der Versammlung anwesend war und von dem der Bericht herrührt, nicht benutzt? Er hat nichts erwidern können und deshalb geschwiegen. Da das jedoch den Lesern eines „unabhängigen" Blattes nicht eingeräumt werden durfte, versteckte sich der Redakteur hinter der angeblich zu kurzen Zeitspanne. Nicht um mich über die Verzerrung des Tatbestandes zu wundern — das tut niemand mehr, der die Methoden der Unabhängigen kennt — sondern nur zur Festlegung des Sachverhalts erschien mir diese Konstatierung erwünscht.

Auch die Angabe der Besucherzahl litt unter der „unabhängigen" Beleuchtungsweise. Das Volksblatt sprach von 500 Anwesenden. Es hat dabei seine Fähigkeit doppelt oder nur halb zu sehen, je nachdem es sich um eine Versammlung seiner eigenen Freunde oder um eine Versammlung von unserer Seite handelt, wieder glänzend bewährt. Doch über solche kleine Schwächen, die nun einmal der unabhängigen Berichterstattung unlösbar anhaften, sieht man gern hinweg.

Hervorgehoben sei schließlich noch, daß die freie Aussprache anfangs verweigert worden war und daß sie erst auf meinen ausdrücklichen Antrag hin vom General-Kommando genehmigt worden ist.

Genossen, macht es nach!

Die Rheinische Zeitung in Köln erfreut sich andauernd einer ständig wachsenden Bezieherzahl. Seit 1915 ist die Auflage des Blattes derart gestiegen, daß die Bezieherzahl sich mehr als verdoppelt hat. Vom 1. Januar 1918 an bis jetzt gewann das Blatt erneut 3200 Abonnenten. Zeitweilig hat sich der Verlag genötigt gesehen, Maßnahmen zu ergreifen, um dem allzustarken Zustrom neuer Leser Einhalt zu tun, weil die Papierrationierung leider eine Erhöhung der Auflage nicht zuließ. Besonders guten Absatz findet die Rheinische Zeitung im Straßenhandel, täglich werden 5000—6000 Nummern im Straßenhandel vertrieben. Auch hier wäre die Auflage noch bedeutend höher, wenn nicht infolge der Papiernot vom Verlage einschränkende Maßnahmen unternommen würden.

Parteigenossen, laßt euch das zum Ansporn dienen! Setzt ebenfalls alle eure Kräfte ein, um auch der Volksstimme weiter neue Leser zu verschaffen. Nutzt diese letzten Tage im Monat zur tatkräftigsten Agitation aus.

Werbt für die Volksstimme.

*** Hallesche Petitionen an den Reichstag.** Der Hallesche Beamtenausschuß wünscht in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen, insbesondere für Beamte mit geringem Einkommen. — Der Rechtsschutzverband für Frauen in Halle hat eine Petition an den Reichstag gerichtet, in der ersucht wird um Beseitigung der bundesrätlichen Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Kinder. Durch Artikel 134 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch haben jene landesrechtlichen Vorschriften reichsgesetzliche Kraft erlangt. Darum soll dieser Artikel 134 aufgehoben werden und an seine Stelle nach Wunsch der Petenten die Bestimmung treten, daß über das religiöse Bekenntnis, in dem ein Kind zu erziehen ist, der Elternteil zu entscheiden habe, welchem nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch das Erziehungsrecht überhaupt zusteht.

*** Zur Nachtarbeit in den Bäckereien** hat der Handelsminister die Regierungspräsidenten in einer Verfügung darauf aufmerksam gemacht, daß der Betrieb von Bäckereien und Konditoreien gewissen Bestimmungen unterliegt, wenn dort zur Nachtzeit zwischen 8½ Uhr abends und 5½ Uhr morgens Gehilfen oder Lehrlinge beschäftigt werden. Diese Vorschriften sind bei der Zulassung von Nachtarbeit zu beachten. Ihre Befolgung ist den Betriebsinhabern in den Zulassungsverfügungen ausdrücklich zur Pflicht zu machen. Vor jeder Zulassung von Nachtarbeit soll der Bäckerinnung oder einer Vertretung der Bäckergesellen, dem Gesellenausschuß oder einer Gesellenorganisation, Gelegenheit zu einer Aeußerung gegeben werden.

*** Steuerklage eines Bergbauvereins.** Die Gewerkschaft des Bruckdorf-Nietlebener Bergbauvereins zu Halle a. S. war vom Gemeindevorsteher in Canena für das Steuerjahr 1915 zu einer Gemeindegewerbesteuer in Höhe von 5000 M veranlagt worden. Nach fruchtlosem Einspruch beschritt die Gewerkschaft den Weg der Klage im Verwaltungsstreitverfahren, da die Veranlagung stattgefunden habe, ehe der in Betracht kommende Gemeindebeschluß die vorschriftsmäßige Genehmigung erhalten hatte. Die Klage wurde aber zurückgenommen, nachdem der Gemeindevorsteher die erste Veranlagung aufgehoben hatte. Nach Vornahme einer neuen Veranlagung kam es zwischen dem Gemeindevorsteher und der Gewerkschaft wiederum zur Klage, die betonte, daß die Steuerordnung nur zu erlassen sei, um die Gemeinde wirksam zu besteuern. Im Gegensatz zu der Entscheidung des Kreisausschusses zu Halle a. S. erschied der Bezirksausschuß nach dem Klageantrage und hob die Veranlagung auf, da die fraglichen Vorschriften keine vorschriftsmäßige Genehmigung erhalten hätten; nicht der Regierungspräsident, sondern der Minister habe die Genehmigung erteilen müssen. Gegen dieses Urteil legte der Gemeindevorsteher von Canena Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein und behauptete, die Vorentscheidung sei von Rechtsirrtümern beherrscht. Das Oberverwaltungsgericht erkannte auch auf Aufhebung der Vorentscheidung und Zurückweisung der Sache in die Vorinstanz.

*** Alle Kunden dürfen vor den neuen nicht bevorzugt werden.** Zu diesem Grundsatz hat sich im Anschluß an ein Urteil des Oberlandesgerichts Naumburg das Reichsgericht in einer seiner letzten Entscheidungen erkannt. Die Ware, die der Verkäufer zu liefern hatte, war beschlagnahmt und nur 20 v. H. waren zur Befriedigung der Kundschaft freigegeben worden. Dies veranlaßte den Verkäufer, einen Lange vor der Beschlagnahme abgeschlossenen Lieferungsvertrag mit der Begründung zu annullieren, es könne ihm nicht zugemutet werden, sein Geschäft zu schädigen. Dies würde er aber tun, wenn er den neuen Kunden bediente, denn dann müßte er den alten Kunden das von diesem bestellte Quantum kürzen. Diesen Standpunkt teilten indessen die Gerichte nicht, vielmehr waren sie in dem zur Entscheidung stehenden Falle (es handelte sich um Lieferung von Schokolade) der Auffassung, daß der Verkäufer nach Treu und Glauben verpflichtet war, auch den neuen Kunden, wenn auch nur prozentualiter wie die alten Abnehmer, zu bedienen. Er wurde zur Lieferung verurteilt, und gewärtigt, wenn diese nicht erfolgt, eine Schadenersatzklage.

*** Bestrafte Höchstpreisüberschreitung.** Nach Mitteilung des Ersten Staatsanwalts ist gegen die Händlerin Emilie Zweinig geb. Schröder, Ludwig-Wucherer-Straße 21, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Höchstpreisüberschreitung für Meerrettich und Wirsingkohl eine Geldstrafe von 60 M. oder 12 Tage Gefängnis festgesetzt worden.

*** Gegen den Wucher mit Tabakwaren** richtet sich eine weitere Anordnung des Handelsministers. Seit Juni v. J. ist der Handel damit nur mit behördlicher Erlaubnis gestattet. Anerbietungen zum Erwerbe von solchen Waren und Aufforderungen zur Abgabe von Preisangeboten sind in den Tageszeitungen ganz verboten, in Zeitschriften an eine besondere Genehmigung geknüpft. Diese Erlaubnis soll nun bloß dann erteilt werden, wenn das öffentliche Anerbieten zum Erwerbe von Waren schon früher üblich war und jetzt zur Einhaltung des Geschäftsunternehmens unbedingt notwendig ist. Der Minister empfiehlt den Behörden in allen zweifelhaften Fällen vorher die zuständigen Handelsvertretungen zu hören. Diese sind ersucht worden, die Gutachten dahin zu erstatten.

*** Glückliche Zeiten für Raucher — und Baumbesitzer.** Der Bundesrat hat neuerdings genehmigt, daß die Verwendung von Linden-, Ahorn-, Platanenblättern, Blättern der wilden und der Weinrebe und von Kastanienblättern als Ersatzstoffe bei der Herstellung von Tabakerzeugnissen und tabakähnlichen Waren gestattet werden darf. Auch die Verwendung dieser Tabakersatzstoffe ist auf Hersteller von Tabakerzeugnissen beschränkt worden. Eigentlich ist nun Deutschland durch Bundesratsbeschluß zu einer großen Tabakplantage erhoben worden. Denn so ziemlich alles, was in Deutschland an grünen Blättern wächst, nicht gegessen und nicht verfüttert werden kann, ist „Tabak" geworden. Der Rauchern blüht eine herrliche Zeit. Es fragt sich nun, wie hoch die Pachtpreise für Platanen-, Linden- und Kastanienalleen steigen und die Steuer ein Lindenblatt oder ein Kastanienblatt bezahlt werden muß nach seiner Erhebung in den Stand der Edelkräuter.

*** Der Frachtbriefschwindler verhaftet.** Im Herbste des vergangenen Jahres erbeutete, wie damals berichtet, ein Frachtbriefschwindler von Berlin aus, unter den Namen Hans Walderse, und auch in Frankfurt a. M., Hamburg und anderen Städten durch seine Schwindeleien riesige Summen. Dieser Frachtbriefschwindler dürfte jetzt in dem 21 Jahre alten Handlungsgehilfen Ernst Kassel aus Hirschberg i. Schl., der in Breslau festgenommen wurde, entlarvt worden sein. Kassel ist bereits eine ganze Reihe seiner Schwindeleien, die nach Millionen gehen, nachgewiesen worden. Zuletzt hat er unter dem Namen F. L. Röder in Leipzig gearbeitet. Zur Hand ging ihm bei allen seinen Geschäften seine angebliche Ehefrau, deren Persönlichkeit noch nicht aufgeklärt ist. Wir haben erst kürzlich noch vor diesem Schwindler gewarnt.

Das Abenteuer der Neujahrsnacht.

17] Novelle von Heinrich Zschokke.

„Laßt den Herrn um Gotteswillen gehen, Leute!" rief Philipp: „Verlasset euch auf mein Wort, es ist ein großer Herr, der euern Dienst garstig verfalzen kann. Es ist . ."

„Schweig!" rief Julian: „Es soll niemand aus deinem Munde erfahren, wer ich bin, wenn du allenfalls erraten hättest, wer ich sei. Hörst du, niemand! niemand, sage ich dir, es komme, wie es wolle. Hörst du?"

„Wir tun unsre Schuldigkeit!" entgegnete ein Polizeidiener: „und dafür setzt uns keiner in den Turm. Das könnte aber am Ende wohl dem Herrn in der Maske leicht widerfahren. Wir kennen dergleichen Sprachen schon und fürchten solche Drohungen nicht. Vorwärt, marsch!"

„Leute, nehmt Vernunft an!" rief Philipp: „Es ist ein sehr angesehener Herr am Hofe."

„Und wenn's der König selber wäre, müßte er mit uns; das ist unsere Pflicht; er ist verdächtig!" gab einer zur Antwort.

„Ei ja!" rief ein anderer, „große Herren am Hofe haben wohl mit Nachtwächtern und Euresgleichen heimliche Dinge abzutun und, wie vorhin, einander in die Ohren zu zischeln."

Während man noch des Prinzen wegen hin und her stritt, kam ein Wagen, achtspännig, mit brennenden Fackeln voran, daher gefahren, an der Kirche vorbei. „Halt!" rief eine Stimme im Wagen, als dieser eben an dem Haufen der Polizeidiener war, welche den Prinzen umringt hielten.

Der Wagen stand. Der Kutschenschlag öffnete sich. Ein Herr sprang heraus im Ueberrock, mit einem glänzenden Stern darauf, und ging zu der Menschengruppe. Er stieß die Polizeibeamten zurück, betrachtete den Prinzen von oben bis unten, und sagte: „Richtig! Erkannte ich doch gleich den Vogel an seinen Federn von weitem. Maske, wer sind Sie?"

Julian wußte nicht, wohin sich in seiner Verlegenheit drehen und wenden, den er erkannte den Herzog Hermann.

„Antworten Sie mir!" rief der Herzog mit donnernder Stimme. Julian schüttelte den Kopf und winkte dem Herzog, sich fortzubegeben. Dieser aber ward noch erpichter, zu wissen, mit wem er es auf dem Balle zu tun gehabt habe. Er fragte die Polizeibeamten. Diese standen mit entblößten Häuptern um den Herzog und sagten: sie hätten Befehl, den Nachtwächter unmittelbar zum Polizeiminister zu führen; der Wächter habe gottlose Verse gesungen, wie sie mit ihren eigenen Ohren gehört; sei ihnen aber durch Kreuz- und Quergassen entsprungen; hier nun, bei der Kirche, hätten sie ihn in vertraulichem Gespräche mit der Maske ertappt, die ihnen beinahe verdächtiger schiene, als der Nachtwächter. Die Maske habe sich für einen Herrn vom Hofe ausgeben wollen, allein das sei offenbare Windbeutelei. Sie hätten daher für Schuldigkeit gehalten, die Maske zu arretieren.

„Der Mensch ist nicht vom Hofe!" erwiderte der Herzog: „darauf könnet ihr sicher gehen; ich gebe euch mein Wort. Er hat sich unerlaubter Weise auf dem Balle eingeschlichen und jeden glauben gemacht, er sei Prinz Julian. Er hat sich mir endlich entlarven müssen, da er auch mich betrogen, und mir entwichte. Es ist ein unbekannter Mensch, ein Abenteurer. Ich habe es dem Oberhofmeister gemeldet. Ihr Leute führet ihn fort zum königlichen Palast, ihr habt einen guten Fang getan."

Mit diesen Worten drehte sich der Herzog um, stieg in den Wagen, rief noch einmal zurück: „Laßt ihn nicht entkommen!" und fuhr davon.

Der Prinz sah sich verloren. Den Polizeidienern sein Gesicht zu zeigen, hielt er für unschicklich; durch diese wären seine Geniestreiche allzustadtkundig geworden. Minder Gefahr lief er, wenn er vor dem Oberhofmeister oder dem Polizeiminister die Larve abzog. Also rief er entschlossen: „Meinethalben! Kommt!"

Sie gingen. Röschen sah ihnen weinend nach.

14.

Philipp hätte beinahe an Hexerei glauben mögen, oder daß er träume. Denn so verloren und bunt es in dieser Nacht zugging, wer's ihm in seinem Leben noch nicht ergangen. Er hatte sich eigentlich keine Vorwürfe zu machen, als daß er mit dem Prinzen die Kleider getauscht, und dann, wider seinen Willen, dessen Rolle auf dem Ball gespielt hatte. Da aber der Prinz vermutlich die Nachtwächterrolle ebenfalls nicht in der Regel gespielt haben mochte — denn warum mußte er sich als Nachtwächter verhaften lassen? — hoffte er bei diesem Gnade zu finden.

Beim Palaste schlug dem armen Philipp das Herz stärker. Man nahm ihm Mantel, Horn und Stange ab. Der Prinz sprach mit einem vornehmen Herrn einige Worte. Sogleich wurden die Polizeidiener weggeschickt; der Prinz ging die Stiegen hinauf, und Philipp mußte folgen. „Fürchte dich nicht!" sagte Julian und verließ ihn. Philipp wurde in ein kleines Vorzimmer geführt, wo er lange allein blieb.

Endlich kam ein königlicher Kammerdiener und sagte: „Kommt mit mir. Der König will Euch sehen."

Philipp war fast außer sich vor Schrecken. Seine Knie wurden schwach. Er ward in ein schönes Zimmer geführt. Da saß der alte König lachend an einem kleinen Tische. Neben ihm stand der Prinz Julian ohne Larve. Sonst war niemand im Zimmer.

Der König betrachtete den jungen Menschen eine Zeit lang, und wie es schien, mit einer Art Wohlgefallen.

„Erzähle mir alles genau," sagte der König zu ihm, „was du in dieser Nacht getan hast."

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180226-18/fragment/page=0005

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Der erste volkstümliche Kammermusikabend, den die Leipziger Künstlervereinigung für volkstümliche Kammermusik am Sonnabend in den Thalia-Sälen abhielt, war von vollem Erfolg. Dazu trug ebensosehr das hohe technische Können der ausführenden Künstler bei wie deren vollendete Fertigkeit, dieses Können in den Dienst der seelischen Ausschöpfung aller gegebenen Werke zu stellen. Hinzu kam aber noch im besonderen, daß diese Künstlervereinigung sehr gut miteinander eingespielt ist, so daß alles wie aus einem Guß herauskam. Infolge aller dieser glücklichen Umstände bereitete die Wiedergabe des Haydnschen Kaiserquartetts, noch mehr aber das Quintett in A-Dur von Mozart (die fünfte Stimme gab die Klarinette ab) und des Quartetts in A-Dur von Beethoven einen hohen, ungetrübten Genuß, der freilich noch größer gewesen wäre, wenn das Lokal nicht gar zu sehr aller intimen Musik widersprochen hätte. Interessant war auch das Gastspiel von Frau Aline Sanden, dem bekannten Mitglied der Leipziger Oper, die einige Lieder von Mozart und Beethoven sang. Sie berückte auch hier wieder mit ihrer äußerst trag- und dehnungsfähigen Altstimme, nur scheint sie auf der Bühne denn doch heimischer zu sein. Nach alledem darf also wohl die Erwartung ausgesprochen werden, daß wir bald noch mehr solcher Abende zu hören bekommen. Und das ist gut so, denn anscheinend mußte den konzertgebenden Kreisen in Halle erst durch eine auswärtige Künstlervereinigung gezeigt werden, daß es hier auch noch ein anderes, ebenso musikfreudiges als dankbares Publikum gibt wie dasjenige, das sich für teures Geld schon lange solche Abende leisten kann. Nur einen Wunsch hätten wir für die Zukunft: daß man die Einführungen der Programme ändert. Denn so gut auch solche Erläuterungen sind, — in dieser unglaublichen Länge und Breitspurigkeit, noch dazu gespickt mit solchen Allgemeinheiten, verfehlen sie gänzlich ihren Zweck, ganz abgesehen davon, daß uns manches darin sehr anfechtbar scheint. ew.

Vorträge des Bundes zur Erhaltung der deutschen Volkskraft. Am nächsten Mittwoch, 27. Februar, abends 8½ Uhr, spricht Herr Prof. Dr. Frischeisen-Köhler über: „Das Problem des Todes."

•

Stadttheater. Heute, Dienstag (Beginn 7 Uhr): „Die Walküre", Mittwoch: „Die Braut von Messina", Donnerstag: „Iphigenie auf Tauris" von Gluck, Freitag zum erstenmal: „Meine Frau, die Hofschauspielerin", Sonnabend: „Die verkaufte Braut", Sonntag nachmittag 3½ Uhr: Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Zar und Zimmermann", abends 7½ Uhr: „König für einen Tag".

Stadtverordneten-Versammlung Halle.

Ordentliche Sitzung vom 25. Februar.

Aenderung des Fluchtlinienplanes. Der Gemeindekirchenrat von St. Georgen hatte einen Wettbewerb zur Erbauung einer Kirche Ecke Ludwig- und Wörmlitzer Straße ausgeschrieben. Das Preisgericht hat den 1. Preis dem Entwurf einer Zentralkirche zuerteilt und dabei die Ansicht ausgesprochen, den Raum um die Kirche in größerer Ausdehnung der Bebauung zu entziehen und dafür den im Fluchtlinienplan vorgesehenen Platz an der Wörmlitzer Straße südgegenüber dem Kirchbauplatz fallen zu lassen. Aus städtebaulichen Gründen erscheint dieser Antrag zweckmäßig, zumal der Kirchbau als gesichert anzusehen ist. Die Versammlung stimmte ihm zu.

Ankauf von Gelände. Im Verfolg der Magistrats-Vorlage vom 12. Juli 1917 über die Aenderung der Bau- und Straßenfluchtlinien für die Umgebung des Kirchbauplatzes an der Ludwigstraße wurde zum Erwerb des Geländes für den projektierten öffentlichen Platz zwischen der Rödziger Straße und dem Kirchplatz ein Angebot des Herrn Baumeisters Kuhnt mit zugehörigem Vertragsentwurf überreicht. In diesem Vertrage bietet der Besitzer die rund 9730 Quadratmeter große Fläche für den öffentlichen Platz und die angrenzende Hälfte der Rödziger Straße zum Preise von 5 M. pro Quadratmeter an. Gleichzeitig werden in diesem Vertrage einige Straßen- und Kanalisationsfragen bezüglich der Ludwigstraße endgültig geregelt. Außerdem sind in dem Vertrage die Bedingungen über den gemeinschaftlichen Ausbau der Rödziger Straße zwischen Ludwig- und Wörmlitzer Straße festgelegt werden. Die Versammlung sprach ihre Genehmigung aus.

Erstattung von Schulunterhaltungskosten. Der Magistrat hat beschlossen, der Gemeinde Lettin vergleichsweise für die Rechnungsjahre 1917 bis einschließlich 1921 als Beitrag zu den Schulunterhaltungskosten einen jährlichen, nachträglich zu zahlenden Betrag von je 2250 M. zu bewilligen. Dieser Vergleich verliert seine Gültigkeit für das Jahr und mit dem Jahre, in dem die dem Abkommen zugrunde liegenden Bestimmungen des § 53 K. A. G. eine Aenderung erfahren. Die Versammlung trat diesem Beschluß bei.

Neue Magistratsstelle. Der Magistrat hat beschlossen, die Stelle des Bureaudirektors mit einem Jahresgehalt von 5500 bis 7500 M., steigend hiermal in dreijährigen Stufen um je 500 M., unter den bisherigen Bedingungen erneut auszuschreiben, da die bisherige Ausschreibung keinen rechten Erfolg hatte. Die Versammlung erklärte damit ihre Uebereinstimmung.

Erhöhung der Desinfektionsgebühren. In Anbetracht der erhöhten Löhne, sowie der hohen Preise der zu den Desinfektionen notwendigen Chemikalien, Heizmaterial, Transportkosten und dergleichen erscheint es erforderlich, die zur Zeit bestehenden Sätze der Gebührenordnung vom 21. April 1903 und 19. Mai 1908 zeitgemäß zu erhöhen. In der Voraussicht jedoch, daß nach Friedensschluß wieder bessere Verhältnisse eintreten, die die Sätze der bestehenden Gebühren-Ordnung rechtfertigen, hat der Magistrat beschlossen, die bisherigen Gebührensätze beizubehalten und nur einen Zuschlag von 50 Proz. bis zur Beendigung des Krieges vorzunehmen. Die Versammlung sprach ihre Genehmigung aus.

Nachbewilligung zum Stadtbad. Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Stadtbaudeputation beschlossen, die beim Neubau des Stadtbades eingetretene Ueberschreitung des Kredits um 36 279.31 M. zu genehmigen und die Mittel aus der Anleihe von 1910 zu entnehmen. Die Stadtverordneten-Versammlung wurde ersucht, diesem Beschlusse zuzustimmen. Zur Begründung seines Antrages verweist der Magistrat auf die eingehenden Ausführungen in den vorgelegten Vorgängen. Die Bewilligung wurde ausgesprochen.

Stiftung von 10 000 Mark. Der Fabrikbesitzer R. Ernst Weise hat der Stadtgemeinde Halle zur Unterstützung von Armen und durch den Krieg in Not geratene Mitbürger 10 000 M. geschenkt. Der Magistrat hat die Annahme der Schenkung beschlossen, und die Stadtverordnetenversammlung trat diesem Beschluß mit Dank an den Spender bei.

Ausgedehnte Schulreformdebatte.

Schließlich kam der sozialdemokratische Schulantrag zur Verhandlung, der besagte:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die künftigen Reformen im Schulwesen unter dem Leitgedanken der Förderung der nationalen Einheitsschule vorzubereiten insbesondere die Volksschule so zu heben, daß sie als Grundstufe des Systems des Bildungswesens gelten kann und den organischen Anschluß an das höhere Bildungswesen findet."

Die Begründung dieses Antrages gab der Stadtverordnete Hennig. Der Krieg hat an den Kindern viel gesündigt, weshalb auch allenthalben Schulreformen angebahnt worden sind. Vom Hallischen Magistrat erwarten wir eine andere Antwort als bei vor einiger Zeit gegebene daß mit der Schulreform hier nach dem Kriege begonnen werden sollte. Die Schulreform ist uns schon 1904/05 versprochen worden, als der Stadtschulrat bei der Ausarbeitung einer Denkschrift darüber erklärte, daß die Reform viel weiter gehen müsse, als man bisher angenommen habe. Der Magistrat hat ja auch noch bei der Begründung zum Bau eines zweiten Theaters seine Verpflichtung zu kultureller Tätigkeit anerkannt. Uns ist natürlich bewußt, daß die nationale Einheitsschule nur vom Staate gesichert werden kann, aber die Stadt wäre doch imstande, manche wichtige Arbeit dazu zu tun. Da ist vor allem die Auswahl der Talente ganz vom Besitz abhängig, deshalb wünschen wir eine Freimachung davon und eine Auslosung lediglich nach der Befähigung. Die Einheitsschule ist nicht so gedacht, daß alles über einen Kamm geschoren werden soll, vielmehr soll sie die organische Verbindung von Kindergarten an bis zur Universität herstellen. Die Hallesche Lehrerschaft hat in bezug hierauf schon wertvolle Vorarbeiten geleistet, sogar schon bestimmte Vorschläge ausgearbeitet, auf deren Einzelheiten wir uns natürlich nicht festlegen können oder auch nur wollen. Ein wesentliches Hindernis aller Reformen ist die Vorschule, deren Abbau muß vor allem angestrebt werden. Die Volksschule selbst ist so zu entwickeln, daß sie organisch nach oben weiterführt, wozu ihre allgemeine Entwicklung angestrebt werden muß. Darin sind freilich die Gemeinden durch den Staat stark behindert, weshalb auch dagegen mit angekämpft werden muß. Steht doch sogar fest, daß die Regierung noch immer nicht den Sozialdemokraten bestätigt hat, der vor 1½ Jahren von dem Hallischen Stadtverordnetenkollegium in die Schuldeputation gewählt worden ist! Wir geben uns in bezug auf die Schulreformen keinen allzu großen Hoffnungen hin, denn die Schule ist heute ein Klassenintrument, doch einiges dürfen wir doch wohl erwarten.

Für die bürgerlichen Vertreter sprach Prof. Hoe. Was Herr Hennig ausgeführt hat, ist schon lange von den Fachkreisen ausgiebig erörtert worden. Die Gegner der jetzigen Schulverhältnisse sind zweierlei Art: die einen sind die Anhänger des Deutschen Lehrervereins, die andern sind Leute im Schützengraben, die gegen das humanistische Gymnasium anrennen. Meine Freunde lehnen die nationale Einheitsschule ab, da ihr Begriff noch völlig verschwommen ist, und wir wollen uns auch jetzt noch nicht auf bestimmte Reformen festlegen, da auch unsere Volksangehörigen draußen im Felde mit darüber bestimmen sollen. Für die Schulreformen werden weniger pädagogische als vielmehr soziale und politische Gründe angeführt, diese können aber in bezug auf die Einheitsschule nicht ausschlaggebend sein. Die Herausholung der Talente ist ein Phantom, wobei immer Begabung und Charakter verwechselt wird. Den Gedanken Hennigs kann jeder nur aus vollem Herzen bejstimmen aber gegen ihre Durchführung sprechen so viele praktische Bedenken. — Schließlich begründete Herr Hoe noch folgenden Antrag im einzelnen:

Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt, daß eine endgültige Regelung der städtischen Schulverhältnisse erst nach Friedensschluß vorzunehmen ist, doch ist sie bereit, Maßnahmen zu fördern, die in den dringlichsten Fällen Abhilfe schaffen, dazu gehören:

1. Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen der Volksschule.
2. Ausgestaltung der Unterstufe zu einer Grundschule für alle Schulen.
3. Besondere Einrichtungen zur Förderung begabter Schulkinder.

Der Stadtschulrat betonte, daß man sich jetzt nicht festlegen solle, weil 1. die Meinungen über den dabei einzuschlagenden Weg noch viel zu weit auseinandergingen, 2. viele Väter jetzt noch nicht mit darüber bestimmen könnten, 3. jetzt auch keine Zeit dazu sei. Er betonte aber, daß nächstens in der Schuldeputation noch näher darüber beraten werden solle, und daß ja auch der Magistrat eine Reform für die Zeit sofort nach dem Kriege in Aussicht gestellt habe. Er bekannte sich auch als Anhänger der Einheitsschule, verdenke aber deren Gegner nicht, wenn sie anderer Meinung darüber waren. Im übrigen hob er hervor, daß in Halle die Frequenzziffer der Schulen ständig herabgesetzt worden sei, daß ein Abteilungsunterricht zur Förderung der weniger Begabten eingerichtet worden wäre, und daß eine gutausgebaute Mittelschule bestände.

Nach weiteren Bemerkungen der Stadtverordneten Hoffmann und Hennig, wobei Herr Hoffmann einige Bedenken gegen den Antrag Hoe äußerte und Hennig etliche irrtümliche Auffassungen zurückwies, wurde der sozialdemokratische Antrag gegen wenige Stimmen abgelehnt und der Antrag Hoe in getrennter Abstimmung in seinem 1. und 3. Teil angenommen, in seinem 2. Teil aber abgelehnt.

Aus der Provinz.

37 Millionen Pfund Zucker für die Imker.

Im vergangenen Jahre sind von der Reichszuckerstelle 32½ Millionen Pfund Zucker ohne jede Einschränkung an die Imker im Reiche verteilt worden, in der Hoffnung, daß diese Zuweisung der Bevölkerung wenigstens einen Teil des geernteten Honigs zufischern würde. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß der Honig, dessen Höchstpreis 3.50 M. für das Pfund betrug, fast ganz aus dem freien Handel verschwand, und daß der größte Teil direkt von den Imkern und durch Zwischenhändler an weit höheren Preisen unter der Hand verkauft wurde. Wie hoch die Preise stiegen, beweist der Umstand, daß eine Berliner Vorortgemeinde erst kürzlich der Bevölkerung Honig zu zehn Mark das Pfund anbot.

In diesem Jahre ist, wie der Vorsitzende der Reichszuckerstelle, Oberregierungsrat Tenge, mitteilt, die Verteilung des Zuckers an Bedingungen geknüpft, die doch wenigstens etwas Honig für die Bevölkerung zum Höchstpreise sichern werden. Die Imker erhalten für jedes überwinterte Bienenvolk 15 Pfund Zucker, und da im Reiche etwa 2½ Millionen Bienenvölker vorhanden sind, so entspricht dies einer Gesamtmenge von 37 Millionen Pfund. Für diese Zuweisung müssen die Imker sich aber verpflichten, durchschnittlich ein Drittel ihrer Honigernte an die Regierungssammelstellen abzugeben, der in der Hauptsache für Lazarette und Krankenhäuser reserviert wird, und einen weiteren Teil in den Handel zu bringen.

Die Reichszuckerstelle hat sich bei dieser Zuweisung von der Erwägung leiten lassen, daß die Zuteilung des Zuckers nicht allein für die Honigernte wichtig ist, sondern daß die Bienen als Vermittler bei der Befruchtung der Obstbäume eine große Rolle spielen. Eine Zwangserfassung der gesamten Honigernte ist nach Ansicht des Oberregierungsrates Tenge nicht möglich. Auf ein Volk Bienen sei in guten Jahren ein Honigertrag von 40 Pfund zu rechnen, das ergäbe für alle Völker etwa hundert Millionen Pfund Honig im Jahre. Hiervon gehe noch ein gewisser Teil für die Winterfütterung der Bienen ab. Die über das ganze Reich verstreuten Imker, die ihre Zucht oft auf kleinen Gehöften, auf der Heide, an Bahndämmen usw. besitzen, genau zu kontrollieren, sei unmöglich. Dazu komme noch der Mangel an geeignetem Transportmaterial, so daß man sich trotz allem keinen allzu großen Hoffnungen für die nächste Ernte hingeben darf.

Merseburg. Warnung vor Mehrverbrauch von Kartoffeln. Von behördlicher Seite wird folgendes mitgeteilt: Gelegentlich der regelmäßigen Kartoffelnachprüfungen durch die beauftragte Kommission ist wiederholt festgestellt worden daß Haushaltungen von den für das ganze Jahr eingedeckten Kartoffeln bis jetzt schon teilweise bis zu 6 Zentnern mehr haben als nach der vorgeschriebenen Verbrauchsregelung zulässig ist. Es wird wiederholt dringend gewarnt, nicht mehr als wöchentlich 7 Pfund Kartoffeln auf den Kopf zu verbrauchen. Für die mehr verbrauchten Kartoffeln kann Ersatz unter keinen Umständen gewährt werden Haushaltungen, die trotzdem mehr verbrauchen, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie vor der neuen Ernte wochen- und vielleicht monatelang ohne Kartoffeln durchkommen müssen. Wo Mehrverbrauch festgestellt wird, werden außerdem die noch vorhandenen Kartoffeln ohne Unterschied der Person sofort enteignet und dafür Kartoffelmarken über die Menge der weggenommenen Kartoffeln verabfolgt. Die verantwortlichen Haushaltungsvorstände mögen sich danach richten.

— Verkaufsstelle des Michelkonzerns. Für sämtliche im Michelkonzern zusammengeschlossenen Braunkohlenwerke der Braunkohlengewerkschaften Michel, Leonhardt, Gute Hoffnung und Vesta ist unter der Firma Michel Braunkohlenbrikett-Verkaufs-G. m. b. H. mit dem Sitz in Merseburg eine eigene Verkaufsstelle im Hinblick auf die Conditionsangelegenheiten innerhalb der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie errichtet worden.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 25. Februar bis 3. März gelangen zur Verteilung: auf Lebensmittelmarke 104 C 150 Gramm Rübensauerkraut, Preis 8 Pf., auf Brotaufstrichkarte, Abschnitt 25, 300 Gramm Marmelade, Preis 54 Pf.

— Zur Steinölverteilung. Die auf die Steinölmarken für März entfallenden Mengen werden Anfang März bekannt gegeben. Vorher darf eine Abgabe für März-Karten nicht erfolgen.

— Gestohlen wurde in der Altenburgerstraße ein blaugestreifener Handwagen mit mehreren Paar Militärschnürschuhen, 2 Blusen, davon eine blaugestreift und eine weiß, mehrere Pakete, deren Inhalt unbekannt ist, ein Paar Zeugschuhe, ein Schal, ein Briefumschlag mit 564 M. Inhalt, drei Briefumschläge mit Geld, Inhalt unbekannt, eine Blechbüchse mit etwa 40 M. Inhalt und mehrere Briefe, adressiert an das Landratsamt.

Bitterfeld. Ausdehnung des Religionsunterrichts. Bisher erhielt die nicht geringe Zahl von katholischen Schülern und Schülerinnen der hiesigen beiden höheren Lehranstalten vom Pfarrer privaten katholischen Religionsunterricht. Auf eine Eingabe an das Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten lief jetzt beim Pfarramte die Nachricht ein, daß dieser Unterricht von Ostern an schulplanmäßig erteilt werden soll.

— Schleichhandel mit Eiern. Der Landrat gibt folgendes bekannt: Es ist mir schon verschiedentlich angezeigt worden, daß wieder Eier unter der Hand verkauft werden. Ich warne die Beteiligten dringend hiervor, da ich jeden einzelnen Fall zur Bestrafung bringen muß. Außerdem weise ich schon jetzt darauf hin, daß jedem Hühnerbesitzer in diesem Jahre eine Auflage von 36 Eiern für jedes Huhn gemacht wird, die er für die Allgemeinheit aufzubringen hat. Bei Besitzern, die keine Landwirtschaft betreiben oder keinen freien Auslauf für die Hühner haben, wird diese Auflage entsprechend ermäßigt werden. Es liegt deshalb im Interesse des Hühnerbesitzers selbst, daß er jedes Ei, das er verkauft, lediglich an dem amtlich zugelassenen Aufkäufer abliefert. Die Aufkäufer haben 25 Pfennig für das Ei zu bezahlen.

— Einbruchsdiebstahl. Die Säurefabrik verspricht demjenigen eine Belohnung von 100 M. der die Diebe, die in der Nacht vom 22. zum 23. d. M. 2 Säcke mit Lebensmitteln gestohlen haben, so nachweisen kann, daß eine strafliche Verfolgung eingeleitet werden kann.

Wittenberg. Erhängt. In einem Abortraum des hiesigen Personenbahnhofes wurde an der Türklinke hängend, ein gut gekleideter, etwa Mitte der vierziger Jahre stehender und anscheinend dem Arbeiterstand angehöriger Mann, tot aufgefunden. Nach einer bei dem Toten aufgefundenen aus Rathenow stammenden Postkarte scheint es der Arbeiter K. Blömbaum in Zahna, Breitestraße 19 wohnhaft, zu sein. Außer einem Geldbetrag von 57 Mark, wurde bei dem Selbstmörder, denn um einen solchen handelt es sich zweifellos, nichts gefunden.

Torgau. Wohnungen für Munitionsarbeiterinnen werden immer noch gebraucht. Eine Anzahl ist noch nicht in der wünschenswerten Weise untergebracht. Zweifellos finden sich aber in der Stadt noch Räume, die hierfür geeignet sind. Deshalb wird dringend gebeten, diese Räume dazu einzurichten und bei der Fürsorgepermittlungsstelle, Ritterstraße 10, anzumelden.

Sangerhausen. Reichskleidung für Minderbemittelte des Kreises. Die Reichsbekleidungsstelle hat dem Kommunalverband Sangerhausen eine geringe Anzahl Bekleidungsstücke, bestehend in Anzügen und Joppen für die arme und minderbemittelte bürgerliche Bevölkerung des hiesigen Kreises, überweisen lassen. Die Abgabe der Kleider darf nur gegen eine besondere von der Gemeindebehörde auszustellende Bescheinigung erfolgen, die sich dahin auszusprechen hat, daß derjenige, der sich solche Kleider kaufen will, zu der armen und minderbemittelten bürgerlichen Bevölkerung zählt und nicht in der Lage ist, billigere Kleider sich auf einem anderen Wege zu beschaffen. Die Bezugsscheinpflicht für den einzelnen Erwerber bleibt nebenbei bestehen. Mit dem Verkauf der Gegenstände sind beauftragt: Die Altkleiderstelle in Sangerhausen, Ulrichstr. 3; der Schneidermeister Otto Kämmerer in Artern; die Modewarenhandlung von Borchart in Heringen; der Kaufmann Wilhelm Heinemann in Kelbra; der Kaufmann Paul Lehmann in Roßla; der Kaufmann F. Hedecke in Stolberg a. Harz.

— Diebstahl von Baumpfählen. Der Landrat gibt folgendes bekannt: In letzter Zeit sind aus Anpflanzungen von Kreisstraßen des hiesigen Kreises verschiedentlich Baumpfähle entwendet worden. Wer einen Täter so zur Anzeige bringt, daß er gerichtlich bestraft werden kann, erhält von uns eine Belohnung bis 50 M.

Quittung.

Zur Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit gingen in der Zeit vom 1. bis 15. Februar nachstehende Beiträge beim Unterzeichneten ein:

Monteur W. 3 M.; Arbeiterschaft der Großbuchbinderei Lüderitz & Bauer-Berlin 39.30 M.; M. R. & Co.-Schöneberg 2 M.; K.-Berlin —.50; Soldat W. F. 2.—; A. L.-Britz 15.—; K.-Berlin 1.50; ein Mitgl. d. Deutsch. Eisenb.-Verb. 2.—; Volkswacht-Exped.-Breslau, v. 9 Spendern 15.50; Gefreiter O. F. 2.—; Kraftfahrer ein. Stabes durch L. 25.05; aus einer Feldbäckerei durch J. S. 65.—; S.-Berlin-Wilmersdorf 25.—; D. M.-Krt. H. u. Kam. 26.—; Bez. Gr.-Berlin, a konto Listensammlung 261.—; Bez. Brandenburg, a konto Listensammlung 1200.—; v. ein. alten Demokraten 10.—; Mecklenburg-Lübeck, a konto Listensammlung 1.—; 2 Angest. d. Allgem. Kons.-Ver. Chemnitz 6.05; Landsturmmann Ch. 1.—; Kameraden der Radfahr.-Komp. ein. Matr.-Reg. durch R. 20.50. E. Sch.-Berlin-Buchholz 15.—; mehr. Kam. ein. Mun.-Kol. durch Sch. 16.—; Kam. ein. P.-Feld-Komp. durch D. 40.—; Mehrmann H. 2.—; P. K., Mar.-Komp. im Osten 5.—; Unteroff. E B. u. Kam. 25.—; O. D., Mar.-Bion.-Batt. 3.—; H. R., Berlin W 20.—; Mannsch. ein. Württemb. Feld.-Art. Reg. durch S 30.50; mehr. Kam. ein. Landst.-Batt. im Osten durch M. 26.50; Bez. Mecklenburg-Lübeck a konto Listensammlung 998.70; Bez. Kassel a konto Listensammlung 250.—; „Coalburg" 18.50; Neuhaldensleben durch C. 10.—; Gefreiter F. 14.—; A. J., Straußeneu (Schl.) 5.—; Kam. ein. Masch.-Gew.-Komp. 11.—; Bez. Görlitz, a konto Listensammlung 500.—; A. Sch., Schwetzingen 3.—; Br.-Berlin 5.—; Gefreiter P. W. 4.—; Landsturmmann E. D. 2.—; Groß-Berlin, a konto Listensammlung 284.25; Bez. Leipzig, a konto Listensammlung 24.85; Bez. Nordwest, a konto Listensammlung 369.55; Gefreiter W. P. 10.—; Krankenträger P. K. 4.45; J.-Berlin —.50; Wehrmann Th. 1.—; Landsturmmann W. Sch. 23.—; Bez. Hamburg, a konto Listensamml. u. freiw. Beitr. 3910.40; Kam. ein. reit. Batt. durch M. 34.—; Unteroff. H. 8.—; Kan. B. u. Kam. 53.50; A G., Frankfurt-Rödelheim 5.—; Kam. ein. reit. Batt. durch M. 67.—; Gef. v. H. B.-Charlottenburg 16.—; Bez. Pommern, a konto Listensammlung 100.—; Bez. Hessen, a konto Listensammlung 130.15; W. B.-Pr.-Oldendorf 5.—; O. W.-Mannheim 20.—; K. K.-Berlin-Lichtenberg 3.—; Konstanza 99.20; 3 Pioniere durch G. M. 5.—; H. K. Friedebach i. Erzgeb. 10.—; Lichtzentr. St. 6.—; Kam. ein. Inf.-Reg. durch K. 10.—; Bez. Ostpreußen a konto Listensammlung 249.45; A. Sch.-Alt-Gleiwitz 10.—; Bez. Braunschweig, a konto Listensammlung 117.45; A. B.-Hannover 7.—; Mar.-Feldabnbetr.-Komp. Nordkurland 70.—; K.-Berlin 3.—; Frau A. M.-Tilsit 5.—; Pfw. R. u. Landst. G. 4.—; L. R. 5/67 40.—; J. G., aus ein. Arm.-Bat. 15.—; Bez. Hamburg, a konto Listensammlung 3891.95; Kam. ein. Inf.-Reg. durch P. J. 68.—; Wiesfldw. H. B. 2.—; 3 Flieger d. Flugzeugmeisterei Aldershof 3.—; 11 Mann ein. Feldmag. im Osten 15.—; Kanonier W. 2.—; Soldat B. 5.—; Fahrer A. R. 2.—; H. M.-Frankfurt a. M. 3.50; Bez. Magdeburg-Anh. 1181.15; Taschenwerfstelle J. D. 4.—; Kanonier W. K., Osten 5.—; Gefreiter R. H. 3.—; Aus einer Art.-Werfst. durch J. 112.50; Landsturmmann W. J. 3.—; Kam. ein. Fernspr.-Abtlg. 7.05; Kol. der Sattelbaumfabrik O. Jonzenmüller-Berlin durch K. 12.—; Kam. einer Landw.-Feldart.-Reg. durch O. B. 103.—.

Berlin, den 16. Februar 1918.

Der Parteivorstand.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin SW 68, Lindenstr. 3; auch kann auf Postscheckkonto Nr. 7118 Fr. Bartels, Fr. Ebert, O. Braun beim Postscheckamt Berlin eingezahlt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180226-18/fragment/page=0006